

Leben heißt handeln

2.95 € · ISSN 1437-7543 · Nr. 136/1.2018

ROBIN WOOD

magazin

GEWINNSPIEL:
DVD von Al Gores
neuem Film zu
gewinnen

NECKARCASTOR

BESSER MOBIL

SCHUTZ FÜR DEN
BIALOWIEZA URWALD



SÜDAMERIKA:
RAUBBAU FÜR SOJA

Wenn Sie nicht wollen, dass Wälder für Massentierhaltung verbrennen, wählen Sie bitte Seite 17.



Foto: Jim Wickens/Ecostorm via Mighty Earth



Redaktion in Berlin: Wir haben es satt und kaufen lieber direkt und frisch auf dem Biomarkt

Liebe Leserinnen und Leser!

Der **Sojaanbau** ist nach der Weidehaltung von Rindern für die Fleischproduktion der **größte Waldvernichter** in Lateinamerika. Dass im brasilianischen Amazonas Tropenwald für immer mehr Soja-Monokulturen abgeholzt wurde, ist lange bekannt. Jetzt sind die US-amerikanischen Agrargiganten Cargill und Bunge dabei in der brasilianische Savanne und im bolivianischen Amazonasbecken zu roden. Kleinbauern und Kleinbäuerinnen werden gezwungen ihr Land zu verlassen. Unsere US-amerikanische Partnerorganisation Mighty Earth hat diese Vertreibung der Menschen, die Brandrodungen und den Raubbau an der Natur für Soja mit eindrucksvollen Bildern dokumentiert, die wir Ihnen in dieser Magazinausgabe zum Beispiel auf der Titelseite und ab Seite 10 vorstellen können. Mit Mighty Earth versuchen wir aktuell nachzuvollziehen, ob und wo Soja von gerodeten Waldflächen in Lateinamerika auch in unseren Futtertrögen landet.

Deutschland produziert Fleisch in Massen, obwohl der Konsum bundesweit sinkt. Mittlerweile ist Deutschland einer der größten Fleischexporteure weltweit. Für diese Massenproduktion muss ein Drittel der Futtermittel importiert werden. ROBIN WOOD wird vom 27. Juli bis 17. August 2018 eine **Floßtour auf der Weser** organisieren. An der Strecke soll mit Aktionen und Info-Veranstaltungen auf die Probleme von industrieller

Tierhaltung und Futtermittelimporten eindrucksvoll aufmerksam gemacht werden. Wer die Floßtour unterstützen oder selbst mitfahren möchte, kann sich per E-Mail an flosstour@robinwood.de wenden oder aktuell auf der Homepage www.flosstour.de informieren.

Nicht nur in Lateinamerika wird **Wald** für unseren Konsum zerstört. Der Rohstoff Holz für unser Papier stammt zu einem großen Teil aus **Schweden**. Gemeinsam mit der schwedischen Organisation *Protect the Forest* setzt sich ROBIN WOOD für den Schutz der letzten schwedischen Urwälder ein. Der größte Teil des schwedischen Waldes sind industrielle Plantagen, der Schutz der letzten alten Wälder ist besonders wichtig. Eine große Aufgabe für uns, denn die Deutschen sind mit 250 Kilogramm Papierverbrauch pro Kopf nach Belgien unrühmlicher Vizeweltmeister. Lesen Sie mehr dazu im Beitrag von Jannis Pfendtner ab Seite 18 und im Interview mit Amanda Tas von *Protect the Forest* auf Seite 20.

Bleiben sie aktiv! Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen für die Magazin-Redaktion


Ihre 



Foto: Marlyse Kernwein

Seite 6

tatorte 

- 6 Stuttgart: Fahrverbote durchsetzen!
- 6 Ludwigsburg: Top Ten beim Feinstaub
- 7 Hamburg: Stopp A26!
- 8 Neckar: Schwimmen gegen Castortransporte
- 9 Bonn: Proteste bei Klimakonferenz
- 22 Stuttgart: Waldis werden aktiv

 **tropenwald**

Soja – So nicht: Die Massentierproduktion in Deutschland 10 treibt die Tropenwaldzerstörung in Lateinamerika voran

Seite 10



Foto: Jim Wickens/Ecostorm via Mighty Earth

Seite 18

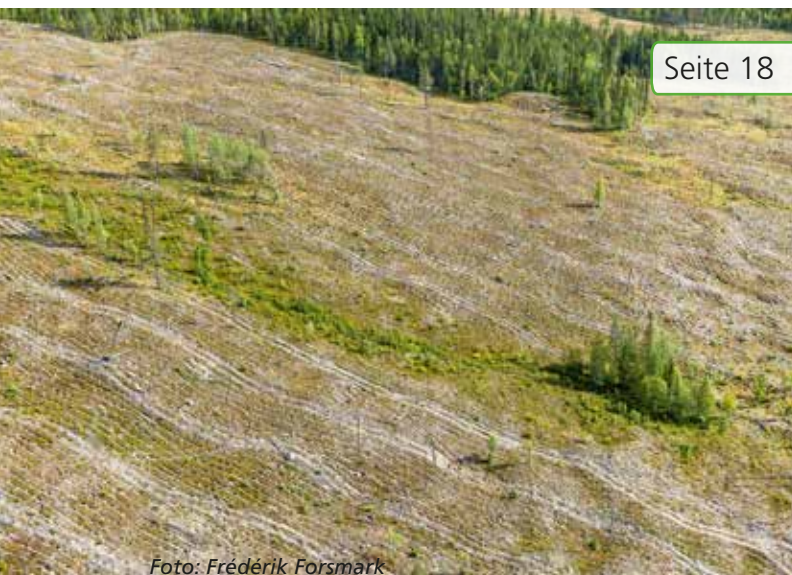


Foto: Fr derik Forsmark

wald 

- 18 Vom Online-Shopping zum Kahlschlag in der Taiga
- 21 Schweden: „Wir brauchen internationale Aufmerksamkeit“, Interview mit Amanda Tas von Protect the Forest
- 22 Zwischen Verzweiflung und Euphorie: Kampf um den Urwald in Bialowieza



Seite 26

Foto: Thomas Piper

verkehr 

- 24 Freiheit, Abenteuer und die Verkehrswende JETZT
- 26 Treburer Oberwald: Autobahn für Flughafen

 **energie**

- Etappensieg für den Hambacher Wald 28
- Agrarwende statt Klimawandel: Debattenreihe „Climate Justice How?“ 32



Seite 28

Foto: Hambacher Forst



Seite 38

Foto: Annette Lübbers

perspektiven 

- 36 Initiative Berlin Werbefrei
- 38 Seedballs: Handgemacht

filme 

- 40 Gewinnspiel zum Film: Immer noch eine unbequeme Wahrheit

internes 

- 31 Impressum
- 42 Jugendseite: FÖJ bei ROBIN WOOD
- 44 FörderInnen-Forum: Bahnen im Sturm



Foto: Marlyse Kernwein

Neckartor: Fahrverbote durchsetzen!

Stuttgart, 11.1.2018: Mit einem Dutzend Riesenwürfel forderten Aktive von ROBIN WOOD gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Bürgerinitiativen und Umweltverbänden, an der Hauptverkehrsstraße B14 in der Stuttgarter Innenstadt, Fahrverbote für den motorisierten Individualverkehr durchzusetzen. Die Demonstration am Neckartor stand unter dem Motto: „Wir fangen an: Gesundheit schützen, Fahrverbote durchsetzen. 13 Jahre ununterbrochene, gesetzeswidrige, behördlich geduldete und politisch geförderte Vergiftung aus dem Auspuff sind genug!“

Mit dieser spektakulären Aktion forderten die Aktiven eine ökologische Mobilitätswende und Fahrverbote als Sofortmaßnahme, um Menschen vor den krank machenden Schadstoffen aus dem Verkehr zu schützen.

Feinstaub und Stickoxide aus Autoabgasen machen Stuttgart seit Jahren zur Stadt mit der dreckigsten Luft in Deutschland. Stuttgart ist deutschlandweit Spitzenreiter bei der Überschreitung der Grenzwerte für Luftschadstoffe.

Ludwigsburg: Top Ten bei Feinstaubwerten



Foto: Hans Georg Stein

Die Region Stuttgart mit der Landeshauptstadt Stuttgart und fünf Landkreisen ist die Geburtsregion des Automobils. Einer dieser fünf Landkreise ist Ludwigsburg. Gekennzeichnet durch eine starke Wirtschaftsleistung mit dem Schwerpunkt Fahrzeugbau und Maschinenbau und damit auch stark betroffen von den Nachteilen dieser wirtschaftlichen Ausrichtung.

„Das Märchen vom sauberen Auto“ war der Titel eines Vortrages am **27.10.2017**, veranstaltet vom Umweltbündnis *Ludwigsburg*, in dessen Trägerkreis die ROBIN WOOD-Regionalgruppe Stuttgart Mitglied ist. Als Redner konnten die Veranstalter*innen Jürgen Resch, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), gewinnen. Rund 130 ZuhörerInnen

begrüßten sie im Staatsarchiv Ludwigsburg an einem Freitagabend zu einem faktenreichen und interessanten Vortrag. Die Stadt Ludwigsburg gehöre bei den Feinstaubwerten bundesweit zu den Top Ten, sagte Jürgen Resch zu Beginn seines Vortrags. Auch bei den Stickoxidwerten belege die Stadt einen unrühmlichen sechsten Platz. Auf die fatalen Auswirkungen von Feinstaub und Stickoxiden auf die Gesundheit ging er besonders ein. „Feinstaub schädigt die Lunge, kann Grund für chronische Bronchitis, Infekte und Heuschnupfen sein. Kinder, alte Leute und Asthmatiker sind besonders gefährdet“, so Resch. Hohe Feinstaubwerte können die Ursache für Lungenkrebs, Herzinfarkt, Schlaganfall und Demenz sein und senkten die Lebenserwartung.

Expert*innen gehen davon aus, dass es in Deutschland pro Jahr knapp 45.000 vorzeitige Todesfälle durch Feinstaub gibt, das sind vierzehn mal mehr Tote als bei Unfällen im Straßenverkehr. Resch beschrieb die Ergebnisse der DUH-Messungen von Abgaswerten: „Auf der Prüfstrecke sind die Autos sauber, auf der Straße schmutzig“, ein Resultat des unerlaubten Abschaltens der Abgasreinigung in Dieselfahrzeugen.

Die Umwelthilfe kritisiert, dass es keine behördliche Überprüfung der von den Autoherstellern angegebenen Abgas-Werte gibt und belässt es bekanntlich nicht bei Kritik. Aktuell laufen 45 Rechtsverfahren wegen der Überschreitung der NOx-Werte, unter anderem in Ludwigsburg.

Den Kommunen empfiehlt Resch die Reduzierung des Individualverkehrs, den Ausbau des ÖPNV, Stärkung von Radverkehr und den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor. Auch an der Steuerschraube für Diesel-PKW sollte gedreht werden. Es führe kein Weg daran vorbei Autos sauberer zu machen, anstatt Mooswände in den Städten aufzustellen. „Erst dauerhafte Fahrverbote zwingen die Autoindustrie dazu, Autos so auszustatten, dass die Grenzwerte auch im Winter eingehalten werden“, so Resch. Eines ist gewiss: Es werden spannende Zeiten auf die Bürger*innen bei der Umsetzung der notwendigen Ludwigsburger Agenda in diesem Jahr zukommen.

Marina Hartmann, Stuttgart

Klimawandel, schneller als die Politik erlaubt: Stopp A26!

Die **A26 Ost**, früher hieß das Projekt „Hafenerquerstraße“, ist als neue Stadtautobahn durch den Süden Hamburgs geplant. Im Bundesverkehrswegeplan 2016 bis 2030 steht sie im vorrangigen Bedarf. Für 9,5 Kilometer Gesamtlänge durch die Stadtteile Moorburg, Wilhelmsburg und Kirchdorf sind derzeit 1,3 Milliarden Euro veranschlagt. Das entspricht 137.000 Euro pro Meter Autobahn.

Bauliche und finanzielle Risiken bergen der Baugrund aus Elbschlick und Moor, der Neubau der Süderellbrücke und der Tunnel bei Kirchdorf. Eine besondere Herausforderung ist die Untertunnelung der zentralen Eisenbahntrassen für den Nord-Süd-Verkehr. Erinnert sei an die Tunnelbohrung in einfacherem Baugrund bei Rastatt, bei der es im letzten Sommer zu einem Einbruch von Geröll und Wasser kam. Die strategisch bedeutsame darüber liegende Bahnstrecke musste sieben Wochen lang gesperrt werden.

Das bundespolitische Interesse an der Autobahn besteht in der Verbindung der Seehäfen via Autobahn. Den von Lärm und Dreck betroffenen Leuten im Hamburger Süden soll dies mit Wohnungsbau und Lärmschutz an bestehenden Hauptverkehrsstraßen schmackhaft gemacht werden. Der wäre aber auch möglich – und sinnvoller – ohne mit einem Autobahn-Neubau noch mehr Straßenverkehr zu produzieren.

Monika Lege, Mobilitätsreferentin ROBIN WOOD

Hamburg, 11.12.2017: Bei einer Veranstaltung zur A26 im Bürgerhaus Wilhelmsburg, bei der Verkehrs-Staatsrat Andreas Rieckhof über den Bau informierte, protestierten ROBIN WOOD-Aktive gegen die Pläne. Die A26, die von der A7-Anschlussstelle Moorburg zur A1 in Wilhelmsburg führen soll, wird zu noch mehr gesundheits- und klimaschädlichem Verkehr führen und es werden noch mehr Lärm und Abgase in Wilhelmsburg und Harburg sowie starke Beeinträchtigungen des Naturschutzgebiets Heuckenlock befürchtet. ROBIN WOOD bewertet den Bau der A26 als unnötig und teuer und fordert stattdessen eine Verlängerung der U4 sowie einen Ausbau des S-Bahn-Netzes. Eine halbe Stunde vor Beginn der Veranstaltung trafen die Aktiven beim Bürgerhaus ein, ausgestattet mit einem Banner: „Klimawandel schneller als die Politik erlaubt“ und einem „Stopp A26“-Banner. Zunächst positionierten sie sich jeweils an den beiden Eingängen, um so genau im Blickfeld der ankommenden Besucher*innen zu sein. Anschließend wurde der Protest im Inneren des Bürgerhauses vor dem Veranstaltungssaal fortgeführt. Viele der Besucher*innen lobten die Aktion und waren dankbar für die Unterstützung des Protests gegen die A26.

Stina Harbeck, Hamburg



Foto: ROBIN WOOD/Bertrand



Foto: Eberhardt Linckh

16.11.2017: Atomkraftgegner*innen demonstrierten schwimmend im Neckar mit Fässern und Anti-AKW-Enten gegen den vierten Schiffstransport von hochradioaktivem Atommüll nach Neckarwestheim

Geschafft! Castoren erfolgreich verschoben – nix gebracht außer Risiken

Der Energieversorger EnBW hat im letzten Jahr fünf Castortransporte auf dem Neckar durchgeführt. Zusammen mit dem Bündnis Neckar-Castorfrei haben Aktive von ROBIN WOOD mit vielen Aktionen dafür gesorgt, dass die gefährlichen Transporte nicht ohne Widerstand fahren konnten, und dass deren Gefahren in den Medien präsent waren und Teil einer größeren gesellschaftlichen Debatte wurden.

Der neue Standort des Mülls, das Zwischenlager in Neckarwestheim, ist allein schon aufgrund seiner geologischen Eigenschaften nicht sicher. Wegen der begrenzten Haltbarkeit der Castoren ist absehbar, dass es wieder Castortransporte geben wird. Das Atommüllproblem ist so in keiner Weise gelöst. In den Castoren, die über den Neckar geschippert wurden, steckt der gefährlichste Müll, den die Menschheit je produziert hat. Pro Transport werden im Schnitt 69 Brennelemente befördert, die unter anderem auch 159 Kilogramm Plutonium-239 und -241 enthalten. Das entspricht der Menge von 25 Nagasaki-Atombomben. Die Gefahr für Mensch und Umwelt durch erhöhte Strahlung, Unfälle und Anschläge steigt, wenn dieser Müll durch dicht besiedeltes Gebiet gefahren wird. Die EnBW aber, die fortlaufend neuen Atommüll im AKW Neckar-

westheim produziert, spielt die Gefahr ebenso herunter wie das Landesumweltministerium und die Polizei.

Ab September letzten Jahres ging es Schlag auf Schlag mit den Transporten. Zwischen ihnen lagen teilweise nur fünf Wochen, so dass selten Zeit für Verschnaufpausen war und die Nachbesprechung schnell zur Planungsrunde wurde.

Dank der Aktivität der vielen Atomkraftgegner*innen – nicht nur von ROBIN WOOD – gab es bei allen Transporten erfolgreiche Widerstandsaktionen, die die Transporte behinderten und verzögerten: Abseilen von Neckarbrücken, Anketten auf einer Schleusenbrücke, zwei Schwimm-Proteste im Neckar usw. Einen Rückblick mit Bildern findet ihr auch auf der Seite Neckar-Castorfrei.de.

„Schnell hinter sich bringen“ – das war das Motto der Polizeiführung und der EnBW bei den Transporten. Ohne Rücksicht auf Sicherheit von Mensch und Umwelt wurden die strahlenden Transporte direkt nacheinander durchgezogen: ob mit riskanten Wendemanövern auf dem Wasser, bei gefährlichen Nachtfahrten oder bei speziellen Wetterlagen, wie Nebel oder Hochwasser. Grundrechte von Anwohner*innen und Demonstrant*innen schienen nicht die höchste Priorität zu haben sondern wurden ignoriert und verletzt. So mussten ROBIN WOOD-Aktivist*innen nach den Schwimmaktionen lange frieren, weil ihnen trockene Klamotten verwehrt wurden, oder das Atomtransportschiff fuhr direkt auf einen Schwimmer zu und gefährdete so sein Leben. Kameras wurden beschlagnahmt, Aktionsmaterial für Monate einbehalten, ohne dass wir dafür einen Beleg erhielten.

Die Castortransporte auf dem Wasser mit Protesten zu begleiten, war eine neue Herausforderung, die wir erfolgreich gemeinsam gemeistert haben. Aktive aus ganz Deutschland und der Schweiz haben es geschafft, ein Jahr lang trotz aller Widrigkeiten die Thematik in den Medien zu halten und dabei kreativ neue Aktionsformen zu entwickeln.

3.12.2017: Unter dem Motto: „Sofort abschalten!“ demonstrierte das Bündnis Neckar-Castorfrei am AKW Neckarwestheim



Foto: ROBIN WOOD/Christensen

Julian Smaluhn, Berlin

Klimakonferenz in Bonn

Das Pariser Klimaschutzabkommen von vor zwei Jahren bildete den Rahmen für die *Weltklimakonferenz, die vom 6. bis zum 17. November 2017 in Bonn* stattfand. ROBIN WOOD-AktivistInnen nahmen die internationale Konferenz zum Anlass, um eine zügige und konsequente Energie-, Verkehrs- und Agrarwende zu fordern, damit das Ziel, die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, noch erreicht werden kann. Dazu gehört hierzulande ein verbindlicher Zeitplan für den Kohleausstieg bis zum Jahr 2025, verbunden mit Maßnahmen zur Energieeinsparung und zum schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Noch aber ist Deutschland Weltmeister in der Verstromung der besonders klimaschädlichen Braunkohle. Erforderlich ist außerdem eine Mobilität frei von fossilen Kraftstoffen. Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf Fuß, Rad, ÖPNV oder Schiene sowie Verkehrsverbesserung durch mehr Energieeffizienz und weniger Schadstoffausstoß müssen jetzt realisiert werden, um unsere Erde nicht „vor die Wand zu fahren“. Gerade im Verkehrssektor hat die Klimapolitik der Bundesregierung im Autoland Deutschland versagt. Die Emissionen des Verkehrssektors tragen hierzulande mit einem Anteil von rund 25 Prozent am Gesamtausstoß erheblich zur Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre bei.

Rote Linien gegen Klimakiller Braunkohle

Global denken – lokal handeln, der alte Spruch stimmt immer noch. Klimaschutz muss vor Ort erstritten und umgesetzt werden. Deshalb war es nur konsequent, dass während des Weltklimagipfels dezentral viele Rote-Linie-Aktionen liefen und gemeinsam konkrete Maßnahmen für Klimagerechtigkeit eingefordert wurden: in Hamburg, Berlin, Pödelwitz – ROBIN WOOD war mit von der Partie.

Ein breites Bündnis aus BUND, Hamburger Energietisch, gegenstrom, Brot für die Welt, attac und ROBIN WOOD machte mit einer Rote-Linien-Aktion vor dem Hamburger Rathaus an die Adresse von Politik und Öffentlichkeit klar: Klimaschutz geht nicht ohne Kohleausstieg. Die Menschen wollen keinen dreckigen Strom mehr aus den Vattenfall-Kohlekraftwerken Wedel, Tiefstack und Moorburg. Und das erst kürzlich genehmigte Kraftwerk des Chemiekonzerns Dow Chemical in Stade darf erst gar nicht ran ans Netz.

Auch im Mitteldeutschen Braunkohlerevier demonstrierten anlässlich des Klimagipfels Aktive von ROBIN WOOD für den Ausstieg aus der Kohle. Sie zogen gemeinsam mit vielen weiteren Menschen mit ihren Körpern eine symbolische Rote Linie zwischen dem Tagebau Vereinigtes Schleenhain und dem Dorf Pödelwitz, das für den Kohleabbau abgebaggert werden soll. Das Mitteldeutsche Revier in der Gegend um Halle und Leipzig – zu DDR-Zeiten wegen seiner extrem dreckigen Kohle-Chemie-Industrie berühmt-berüchtigt – kennen heute die wenigsten. Dabei wird auch hier wie in der Lausitz und im Rheinland die äußerst klimaschädliche Braunkohle im Tagebau gefördert und verbrannt.

Auch in Göttingen protestierten Aktive der neu gegründeten Regionalgruppe von ROBIN WOOD gegen die unzureichende und viel zu zögerliche Klimapolitik der Bundesregierung. Anlässlich des Weltklimagipfels in Bonn spannten sie ein Transparent mit der Aufschrift „Klimawandel – schneller als die Politik erlaubt“ nahe einer stark befahrenen Kreuzung.



Foto: ROBIN WOOD/Bertrand

25.000 Menschen demonstrierten zur Weltklimakonferenz in Bonn unter dem Motto „Kohle stoppen, Klima retten“



Foto: ROBIN WOOD/II. Kahl

4.11.: Mehr als 1000 Menschen verlangten wirksamen Klimaschutz bei einer Fahrraddemo von Köln nach Bonn



Foto: ROBIN WOOD

12.11.: In Göttingen forderten Aktive von ROBIN WOOD eine Verkehrswende, um die Erderwärmung zu begrenzen

Kein Tropenwald im Futtertrog!

Raubbau für Soja in Südamerika

Der Sojaanbau ist, nach der Weidehaltung für die Produktion von Rindfleisch, der größte Waldvernichter in Lateinamerika. Etwa ein Viertel der Amazonas-Entwaldung bis 2004 ging auf das Konto des Sojaanbaus



Foto: Jim Wickens/Ecostorm via Mighty Earth



Soja – So nicht: Die Massenproduktion von Fleisch, Eiern und Milch in Deutschland treibt die Tropenwaldzerstörung in Lateinamerika voran

*Grasende Kühe auf der grünen Wiese und hübsche Fachwerkhäuser – deutsche Fleisch-, Eier- und Milchproduzent*innen werben gerne mit Naturnähe und Regionalität. Übersehen wird dabei oft, dass die Herstellung dieser Produkte im hohen Maße von dem Import von Futtermitteln, vor allem Soja, abhängig ist. Sie steht damit in Zusammenhang mit gravierenden sozialen Problemen sowie der massiven Zerstörung von Tropenwäldern.*

Der Sojaanbau ist, nach der Weidehaltung für die Produktion von Rindfleisch, der größte Waldvernichter in Lateinamerika. Etwa ein Viertel der Amazonas Entwaldung bis 2004 ging auf das Konto des Sojaanbaus. Und die Zerstörung geht weiter und betrifft auch weite Gebiete außerhalb des Amazonas. Neben dem tropischen Regenwald müssen nun auch andere tropische Wälder wie der Chiquitano-Trockenwald oder artenreiche Savannengebiete wie die Cerrados dem Soja weichen.

Wer heute im großen Maßstab Fleisch, Milch oder Eier produziert, kommt an Sojafutter nicht mehr vorbei. Rund 80

Prozent des weltweit angebaute Sojas landet im Futtertrog. Ohne Soja könnte kein Masthähnchen binnen 30 Tagen auf Schlachtniveau gemästet werden und kein Schwein täglich bis zu 800 Gramm zunehmen, um dann mit knapp sieben Monaten das Schlachtgewicht von rund 120 kg erreicht zu haben. In einem Kilo Hühnerfleisch steckt umgerechnet ein Kilo Sojafutter. Für ein Kilo Schweinefleisch wird immerhin noch 500 Gramm Soja benötigt.

Soja ist eine Pflanze, die ursprünglich in der tropisch/subtropischen Klimazone heimisch war, weshalb sie dort die meiste Ernte bringt. Heute wird sie vor allem in Südamerika und im Süden der USA angebaut. In Deutschland spielt der Anbau von klimaangepassten Sojapflanzen nur eine marginale Rolle. Jahrelang wurde hier auch der Anbau von heimischen Eiweißfutterpflanzen, wie Ackerbohne und Lupinen, vernachlässigt. Hinzu kommt die großzügige Befreiung von Zöllen für Sojaimporte aus z.B. Brasilien und Argentinien. Soja ist so günstig, dass es in der Tierproduktion heute scheinbar



*Ungebremste Waldzerstörung in Brasilien und Bolivien, um noch mehr Platz für den Anbau von Soja zu schaffen, mit dem die Tiere in unseren Breiten gemästet werden. Für den Raubbau werden die dort lebenden Kleinbäuer*innen vertrieben*

Fotos: Jim Wickens/Ecostorm via Mighty Earth





Fotos: Jim Wickens/Ecostorm

Die Zerstörung geht weiter: Neben dem tropischen Regenwald müssen nun auch andere tropische Wälder wie der Chiquitano-Trockenwald oder artenreiche Savannengebiete wie die Cerrados dem Soja weichen

unverzichtbar ist. Fast das gesamte hier verfütterte Soja muss nach Deutschland importiert werden. Der größte Anteil kommt aus Brasilien, wo die Abholzungsraten die höchsten in Lateinamerika sind. Neben der Entwaldung bringt der großflächige Sojaanbau weitere ökologische und soziale Probleme mit sich. Ohne massiven Pestizideinsatz ist er nicht denkbar.

Allein in der Region Mato Grosso werden jährlich 200 Mio. Liter Agrochemikalien ausgebracht. Der Chemieeinsatz stellt für die örtliche Bevölkerung nachweislich ein hohes Risiko dar. Er begünstigt u.a. Krebs, neurologische Erkrankungen sowie Fehlgeburten. Der Sojaanbau trägt außerdem entscheidend zu einer weiteren Verarmung der Landbevölkerung bei.

Sojaanbau ist nur lukrativ, wenn er im großen Stil erfolgt, für Kleinbäuer*innen lohnt er sich meist nicht. Arbeit finden sie auf den neuen Sojafeldern aber auch nicht. Der Sojaanbau kommt mit extrem wenigen Arbeitskräften aus. Der Landhunger der Sojaindustrie führt auch immer wieder zu unrechtmäßigen Vertreibungen auch von indigenen Gruppen oder zu erzwungenen Landverkäufen.

*Soja-Moratorium: Viehbesitzer*innen, deren Rinder auf nach 2009 gerodeten Weiden grasen, dürfen ihre Rinder eigentlich nicht mehr verkaufen.*



Soja-Moratorium

Nachdem die dramatische Dezimierung des Amazonas Regenwaldes durch den Sojaanbau einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, kam auf intensiven Druck der Umweltbewegung, vor allem von Greenpeace, 2006 ein Soja-Moratorium zum Schutz des brasilianischen Amazonas-Waldes zu Stande. Demnach verpflichteten sich nahezu alle großen Soja-produzenten und -exporteure kein Soja mehr zu verwenden, das auf nach 2006 gerodeten Regenwaldflächen angebaut wurde. In den darauf folgenden Jahren sank die Entwaldung im brasilianischen Amazonasgebiet deutlich. Das Moratorium zeigte scheinbar seinen gewünschten Erfolg – zumindest was den Schutz des brasilianischen Teils des Amazonas angeht. Umweltschützer*innen bemängeln jedoch, dass sich die Entwaldung für Soja zu einem Teil lediglich auf

wertvolle Ökosysteme außerhalb des Schutzgebietes verlagert hat. Statt des brasilianischen Amazonas-Regenwaldes würde nun vor allem der Cerrado oder aber Amazonas-Regenwald in den Nachbarländern gerodet. Insbesondere in Bolivien, wo Wälder, einschließlich des tropischen Regenwaldes, kaum Schutz genießen, wird immer mehr Wald vernichtet. Seit 1991 hat dort die Sojaanbaufläche um 500 Prozent zugenommen. Außerdem sei in den Jahren vor dem Moratorium im brasilianischen Amazonas so viel gerodet worden, dass überhaupt keine neuen Entwaldungen nötig geworden seien.

Kritisiert wird auch, dass viele Kleinbäuer*innen durch das Moratorium verstärkt unter Druck gesetzt würden, ihr Land zu verkaufen, da es häufig nicht unter das Moratorium falle. Teilweise würden diese Menschen sogar gezwungen ihr Land zu verlassen. Beobachtet wird auch, dass die Sojaindustrie nun vermehrt auf ehemalige Weideflächen ausweicht, für die dann wiederum neuer Wald gerodet werde. Der Sojaanbau würde so weiter indirekt zu einer Entwaldung beitragen.

2009 trat deshalb auch eine Vereinbarung für die Rinderhaltung auf Weideflächen in Kraft. Demnach dürfen Viehbesitzer*innen, deren Rinder auf nach 2009 gerodeten Weiden grasen, ihre Rinder nicht mehr verkaufen. Diese freiwillige Vereinbarung wurde aber von Anfang an immer wieder geschickt unterlaufen. So wurde beispielsweise

beobachtet, dass Viehbesitzer*innen ihre Rinder erst kurz vor der geplanten Schlachtung von frisch gerodeten Flächen auf bereits lange bestehende Weiden übersiedeln.

Die Diskussion um die Moratorien zeigt, wie wichtig es ist, Schutzmaßnahmen ganzheitlich zu betrachten. Prognosen

Die US-Agrargiganten Cargill und Bunge stehen trotz umfangreicher Nachhaltigkeitsversprechen in Verdacht, weiterhin Naturwälder für Soja zu vernichten



Besonders in Bolivien, wo Wälder kaum Schutz genießen, wird immer mehr Wald vernichtet. Seit 1991 hat dort die Sojaanbaufläche um 500 Prozent zugenommen



Fotos: Jim Wickens/Ecostorm via Mighty Earth

zufolge wird die Soja- und Fleischnachfrage weiter wachsen. Wenn wir die Tropenwälder schützen und die Rechte der örtlichen Bevölkerung wahren wollen, brauchen wir länderübergreifende Ansätze, die alle schützenswerten Flächen einschließen und soziale Aspekte einbeziehen. In den nächsten Jahren, wenn die wirtschaftlichsten Flächen außerhalb der Schutzzonen belegt sind, wird der Druck auf den brasilianischen Amazonas wieder zunehmen und das bestehende Soja-Moratorium stärker gebraucht denn je. Ein Verstoß darf dann nicht ohne Folgen bleiben.

Cargill und Bunge vernichten weiter Tropenwälder

Zusammen mit unserer Partnerorganisation Mighty Earth sind wir gerade dabei nachzuvollziehen, ob Soja von gerodeten lateinamerikanischen Waldflächen auch in deutschen Futtertrögen landet. Nach durch Satellitenbilder gestützten Analysen von Mighty Earth sind die US-amerikanischen Agrargiganten Cargill und Bunge in unverhältnismäßig hohem Umfang für die Abholzungsaktivitäten z.B. in der brasilianischen Savanne, den Cerrados und im bolivianischen Amazonasbecken verantwortlich. Eine schockierende Enthüllung, wenn man bedenkt, mit wie viel Aufwand insbesondere Cargill sich nach Unterzeichnung des Soja-Moratoriums als Retter des Tropenwaldes inszeniert hat. Und umso weniger verwunderlich ist nun,

dass sich sowohl Cargill als auch Bunge bisher beharrlich weigern das Moratorium auf andere wertvolle Waldgebiete wie den Cerrado auszudehnen. Beide Agrarunternehmen gehören zu den wichtigsten Sojalieferanten nach Deutschland. Knapp 400.000 Tonnen Soja dieser Firmen kommen allein aus Brasilien jedes Jahr zu uns.

Den direkten Lieferfluss des Sojas vom Feld bis in die Futtertröge und von dort in die Fleischtheken der Supermärkte nachzuvollziehen, ist alles andere als einfach. Die Firmen halten ihre Warenströme meist strikt geheim. Oft laufen sie über verschiedene Drittfirmen, so dass der Weg der Waren nur noch sehr schwer nachzuvollziehen ist.

Wir fordern absolute Transparenz: vom Feld über die Futtertröge bis zum Endprodukt. Nur so kann Soja aus Raubbau sicher verhindert werden. Die führenden Akteure der deutschen Fleischindustrie Toennies, PHW Gruppe und Westfleisch, bewerben allesamt ihre Umweltstandards, doch keiner will die nachhaltige Beschaffung von Futtermitteln bisher lückenlos und für uns glaubhaft nachweisen.

Tina Lutz, ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin in Hamburg, tropenwald@robinwood.de

Die eindrucksvollen Bilder für diesen Beitrag wurde uns von unserer Partnerorganisation Mighty Earth zur Verfügung gestellt. Herzlichen Dank!

Flächenbedarf auf Kosten des Südens

Deutschland ist einer der größten Fleischexporteure weltweit. Vor allem Schweinefleisch wird hier in großen Massen produziert. Wir produzieren mittlerweile deutlich mehr als wir selbst verbrauchen. Während sich der Fleischkonsum in den letzten Jahren relativ konstant bei sieben Millionen Tonnen eingependelt hat, ist die Fleischproduktion – gemessen an der Schlachtmenge – um fast 23 Prozent auf rund 9 Millionen Tonnen im Jahr 2016 gestiegen.


In einem flächenmäßig eher kleinen Land wie Deutschland ist eine derartig intensive Massenproduktion nur möglich, wenn durch Futtermittelimporte auf die Anbauflächen anderer Länder zurückgegriffen wird. Ein Drittel der deutschen Futtermittel wird importiert. Auf jede*n Deutsche*n kommt allein für die Produktion von Sojafutter pro Kopf eine Fläche von rund 172 m². Diese Flächen stehen den Menschen vor Ort z.B. in Brasilien und Bolivien nicht mehr zur Verfügung, sondern werden für die Fleisch-, Milch- und Eierproduktion hier in Europa genutzt.

Entschärfen werden sich die Probleme in Lateinamerika erst, wenn auch die Nachfrage nach Soja nicht immer weiter zunimmt. Das wird ohne eine Minderung der Tierproduktion hier bei uns in Europa nicht funktionieren.

Wir fordern für die Sojaproduktion absolute Transparenz: vom Feld über die Futtertröge bis hin zum fertigen Endprodukt

Fotos: Jim Wickens/Ecostorm via Mighty Earth





Während die deutsche Lebensmittelindustrie stolz mit der Regionalität ihrer Produkte wirbt, verschweigt sie, dass ihre Massentierhaltung auf Soja basiert. Ihre Wurst, ihr Fleisch und ihr Käse wird mit Sojafutter produziert. Für Soja werden Wälder zerstört und Menschen vertrieben...

Wir wollen beweisen, dass dieses Soja in deutschen Futtertrögen landet. Mit Ihrer Hilfe wollen wir den Raubbau und die Verantwortlichen öffentlich machen!
Helfen Sie uns?

Verbrannt für Soja!



Vom Online-Shopping zum Kahlschlag in Schweden

*Naturparadies Schweden?
Die alten Wälder werden
weniger, weil die Forst-
konzerne nach neuen Ein-
schlagsflächen suchen*

Foto: Fr derik Forsmark

Amazon – wer kennt das? Ist das ein Witz? Ja, wie könnte man denn Amazon heute nicht kennen! Aber vor 10 bis 15 Jahren war Amazon noch eine eher kleine Nummer in Deutschland. Damals sprach sich gerade herum, dass dort vermeintlich einfach und übersichtlich Bücher nach Hause bestellt werden könnten.

Online-Handel treibt Papierverbrauch an

Heute steht das Unternehmen ganz anders da: Es hat einen der gr o ten Musik- und Videostreamingdienste, E-Reader, die digitale Assistentin Alexa, eigene, bargeldlose Supermärkte und verschickt jedes Jahr mehr und mehr Pakete quer durch die Welt. Amazon und all die anderen wachsenden Unternehmen im Online-Handel sind nicht nur eine riesige Branche geworden, sondern lassen auch so gut

wie jede Verringerung unseres Papierverbrauchs in anderen Bereichen verpuffen. Der Verbrauch von Verpackungen hat sich von 4,4 Millionen Tonnen im Jahr 1985 bis 2010 verdoppelt, 2015 waren es schon 9,5 Millionen Tonnen – Tendenz steigend. Zwar besteht Verpackung meist aus Altpapier, doch dieser Rohstoff ist begrenzt. Während hier der Gesamtverbrauch immer weiter zunimmt, wird Recyclingpapier an anderen Stellen knapp. Die Alternative für Druck- und Toilettenpapier: Prim rfaserpapier, geschlagen in den Wäldern Europas und der Welt.

Seit vielen Jahrzehnten arbeitet ROBIN WOOD mit Protestaktionen, Bildungsveranstaltungen, Infomaterialien, Filmen und in Sozialen Medien gegen die Papierverschwendung. Im letzten Jahr waren wir viel in Schulen und Hochschulen unterwegs und mussten feststellen, wie

sehr das Thema aus den Köpfen verschwunden ist. So haben nur wenige der Schülerinnen und Schüler eine Ahnung, wie viel Papier wir wirklich verbrauchen (durchschnittlich 250 kg/Person und Jahr – der zweithöchste Pro-Kopf-Verbrauch der Welt) und woher dieses Papier eigentlich kommt.

Noch überraschter sind die meisten, wenn sie hören, wie viel Zellstoff und Papier aus Schweden in Deutschland verbraucht wird: Allein aus Schweden stammen mehr Rohstoffe, als aus unseren eigenen Wäldern. Mehr als jede fünfte Papierfaser in Deutschland kommt aus schwedischen Wäldern. Für Schweden selbst nimmt der Wald eine zentrale Rolle ein: Was Holz- und Papierprodukte angeht, ist Schweden der drittgr o te Exporteur der Welt. Die Verbindung zwischen deutschem Verbrauch und schwedischer Waldnutzung ist eng!

Schwedens Wälder sind von einer Naturidylle mittlerweile weit entfernt: Nur vier bis fünf Prozent des Waldes sind effektiv unter Schutz gestellt. Ein großer Teil wurde in den letzten Jahrzehnten eingeschlagen und muss noch viele Jahre wachsen, bis er wieder gefällt wird. Die Forstwirtschaft funktioniert nach dem Kahlschlagmodell, also der großflächigen Abholzung eines Waldgebiets und anschließender Neupflanzung. In einigen Regionen Schwedens jedoch wurde Forstwirtschaft noch nie oder noch nicht sehr lange großflächig betrieben. Dort unterscheiden sich die alten Wälder drastisch von denen, die nach einem Kahlschlag neu angepflanzt wurden. Die natürlichen oder naturnahen Wälder haben sich über lange Zeiträume zu Ökosystemen mit einer deutlich größeren Artenvielfalt entwickelt. Viele der Arten sind selten oder sogar bedroht. Diese Wälder gehören zur eindrucksvollsten Wildnis, die der europäische Kontinent noch zu bieten hat. Doch sie werden immer weniger, denn der Hunger nach Holz verlangt Nachschub und die Konzerne wollen Gewinne erzielen.

Schweden ist kein Naturparadies mehr

Unzählige Kampagnen der schwedischen und internationalen Natur- und Umweltschutzverbände konnten die Diskussion oft nur kurz beeinflussen. Der langjährige ROBIN WOOD-Waldreferent Rudolf Fenner führte zusammen mit schwedischen Verbänden einige Kampagnen durch und konnte in Deutschland und Schweden viel Aufmerksamkeit erzeugen. 2011 übergab er an den Forst- und Papierriesen SCA Forderungen, die 5.500 Menschen unterschrieben hatten und im Januar 2016 mehr als 4.500 Unterschriften an das schwedische Forstministerium. Doch seinen Besuch im Ministerium fasste er im ROBIN WOOD-Magazin 1/16 mit den folgenden Worten zusammen: „Resultat des Gesprächs: Niederschmetternd. Es wird nun doch nicht mehr Geld für Kompensationszahlungen geben (die Privatwaldbesitzer für den Verzicht auf Fällung ihres Waldes finanziell entschädigen würden, d. Autor). Die Erhöhung wurde mittlerweile stillschweigend zurückgenommen. Kein Geld auch für mehr staatliche Kontrollen in den Wäldern. Und auch für die Kartierungen der noch immer nicht

vollständig erfassten schutzwürdigen Waldhabitate wird es kein Geld geben. 2.000 Hektar ungeschützte Naturwaldflächen gehen jedes Jahr verloren.“

Doch dicke Bretter zu bohren, war ROBIN WOOD noch nie zu viel! Seit Ende 2017 geht es daher weiter. Zusammen mit *Skyddaskogen – Protect the Forest* (Interview auf Seite 20), einer sehr aktiven, rein ehrenamtlichen schwedischen Waldschutzorganisation, haben wir eine neue Kampagne begonnen. Wir entschieden uns, das Engagement vieler kleiner wie großer Unternehmen, die beim FSC-Siegel für nachhaltige Forstwirtschaft mitmachen, für einen Neustart der Diskussion in Schweden zu nutzen. Im weltweiten Zertifizierungssystem Forest Stewardship Council (FSC) können sich Organisationen aus den drei Säulen der Nachhaltigkeit (Soziales, Wirtschaftliches und Ökologisches) beteiligen. Sie erstellen in ihren jeweiligen Ländern national und gemeinsam international die Regeln des FSC. ROBIN WOOD ist Gründungsmitglied des FSC, entschied sich aber 2005 nur noch im nationalen FSC mitzumachen, da es in vielen Ländern ernsthafte Probleme mit der Glaubwürdigkeit des Siegels gab.

NGOs und Unternehmen fordern verantwortungsvolle Forstwirtschaft

Während der FSC für einige Unternehmen sicherlich nur ein grünes Feigenblatt ist, mit dem sie ihre „Nachhaltigkeit“ darstellen wollen, gibt es viele Unternehmen – Waldbesitzer, Druckereien oder Holzhändler – die eine naturnahe und ökologische Forstwirtschaft fördern wollen und sich mit großem Engagement dafür einsetzen. Über 70 FSC-zertifizierte Unternehmen aus Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien, den drei großen Holzabnehmerländern Schwedens, folgten unserem Aufruf und stellten deutliche Forderungen an die schwedische Regierung sowie die Holzgiganten SCA, Stora Enso und Sveaskog. Sie verlangen, dass alle schützenswerten alten Wälder sofort unter Schutz gestellt werden und dass zukünftig vor jedem Kahlschlag in Schweden eine naturschutzfachliche Inventur durchgeführt werden muss. Denn immer noch ist für

viele Wälder nicht bekannt, wie wertvoll sie für die Natur sind, und wie viele bedrohte Arten sich dort finden. Bevor das untersucht werden kann, sind sie schon von großen Holzerntemaschinen gefällt.

Keine Erfassung der Artenvielfalt

Deshalb ist es auch ein Problem – und das ist das dritte Thema des Briefs, dass die schwedische Regierung 2017 keine weiteren Inventuren im walddreichen Nordwesten Schwedens mehr durchführen ließ. Obwohl es dringend verlässliche Karten bräuchte, wurden die Inventuren einfach gestoppt. Es wird vermutet, dass damit den Forstunternehmen Zeit eingeräumt werden soll weitere Gebiete einzuschlagen, ohne dass ihnen fachliche Einwände vorgelegt werden können. Selbst wenn die Kartierungsarbeit wieder aufgenommen würde, könnte es sein, dass die Kriterien massiv geschwächt wären. Dann gälte kaum noch ein Wald als schützenswert – und die Holzkonzerne könnten ungebremst weitermachen. Daher forderten die Unterzeichnenden, dass die Kartierungsarbeit sofort und mit den gleichen Kriterien wie früher wieder aufgenommen wird!

Ein erstes Fazit kann schon gezogen werden: Die Aktion fand in Deutschland mit Berichten, z.B. in der taz, Wiederhall, aber noch mehr in Schweden und international. Die schwedische Tourismusbranche, für die der weitere Verlust alter Wälder auch eine Katastrophe ist, schloss sich unseren Forderungen weitgehend an. Der FSC in Schweden ist gezwungen, sich mit den Vorwürfen gegen zertifizierte Unternehmen stärker auseinanderzusetzen. Noch im Dezember veröffentlichte Protect the Forest ein mehr als 70 Seiten starkes Dokument, in dem detailliert Verstöße aufgezählt werden. Aber selbst stärkere Kontrollen und die Einhaltung der FSC-Regeln lösen nicht alle Probleme. Denn es gibt noch viele Wälder mit schwächeren oder gar keinen Siegeln. Dort findet noch viel weniger Kontrolle statt. Es gilt also auch in Zukunft den schwedischen Staat noch viel mehr in die Verantwortung zu nehmen.

Jannis Pfendtner, Waldreferent bei ROBIN WOOD, wald@robinwood.de



Foto: Hans Sundström

Seit 2017 lässt die schwedische Regierung die Artenvielfalt der letzten natürlichen Wälder vor dem Kahlschlag nicht mehr untersuchen – damit fehlt die Grundlage dafür, die Wälder unter Schutz zu stellen

„Wir brauchen internationale Aufmerksamkeit!“

Ein Interview mit Amanda Tas von Protect the Forest, Schweden

? Viele Deutsche verbinden mit Schweden ausgedehnte und unberührte Naturlandschaften. Hat das noch etwas mit der Realität zu tun?

! Nein, Schweden hat inzwischen den Großteil seines naturnahen oder natürlichen Waldes in monokulturelle, nicht-natürliche Wälder verwandelt. Meist gibt es dort nur entweder Fichte oder Kiefer. Dazu kommt, dass nur ca. fünf Prozent der Wälder rechtlich geschützt sind. Die schwedischen Behörden schätzen, dass noch ungefähr acht Prozent der Wälder als besonders schützenswert gelten. Doch diese werden oft gefällt, bevor überhaupt jemand genau prüfen konnte, welche Arten es beispielsweise dort gibt. So sind heute über 2000 Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht – sie brauchen diese alten Wälder!

Ich möchte dazu beitragen, die weitere Zerstörung zu stoppen und bin aktiv bei Protect the Forest, der einzigen schwedischen NGO, die ausschließlich zu Wäldern arbeitet. Wir wollen, dass keine

wertvollen alten Wälder (High Conservation Value Forests) mehr gefällt werden, und dass Schweden einen anderen Weg in der Forstwirtschaft einschlägt. Auch bei uns sollte sie ohne Kahlschläge auskommen, ähnlich wie in Deutschland.

? ROBIN WOOD und Protect the Forest haben Ende 2017 gemeinsam einen offenen Brief initiiert, den mehr als 70 FSC-zertifizierte Unternehmen aus Holzimportländern wie Deutschland unterschrieben haben. Kannst du kurz erzählen, was seitdem passiert ist?

Der FSC hat auf den Brief reagiert und behauptet, dass wir falsche Informationen hätten. Protect the Forest hat dem FSC daraufhin sehr ausführlich auf mehr als 70 Seiten geantwortet. Insgesamt listen wir über 30 Beispiele auf, in denen gegen den FSC-Standard verstoßen wurde. Wir haben jede Menge Beweise, und wir hoffen, dass diese jetzt ernst genommen werden. Auch die angesprochenen Unternehmen haben uns erste Reaktionen auf den Brief geschickt.

*? Schweden ist der größte Zellstoff- und Papier-Lieferant für Deutschland. Über 20 Prozent unseres Verbrauchs kommt aus euren Wäldern. Was würdet ihr den deutschen Verbraucher*innen empfehlen?*

Als Verbraucher*in oder als Unternehmen: Versucht keine schwedischen Holzprodukte zu kaufen. Wenn ihr es doch tut, kontaktiert bitte die schwedischen Unternehmen und den FSC Schweden und sagt ihnen, dass ihr nicht an der Zerstörung wertvoller alter Wälder beteiligt sein wollt. Fordert von ihnen, dass sie mit dem Raubbau aufhören!

Wir sind sehr dankbar für eure Unterstützung und hoffen, dass wir auch in Zukunft zusammenarbeiten können! Wir brauchen internationale Aufmerksamkeit, damit schwedische Forstunternehmen unsere Kritik auch wirklich ernst nehmen.

*Interview: Jannis Pfendtner
wald@robinwood.de*

Zwischen Verzweiflung und Euphorie:

Kampf um den Bialowieza-Urwald

*Monate der Auseinandersetzung mit den Rodungen im polnischen Urwald Bialowieza haben ihre Spuren hinterlassen. Ganze Gruppen von Aktivistinnen und Aktivisten aus Polen, aber auch aus vielen anderen Ländern Mittel- und Osteuropas gingen immer wieder in den Wald, um dort die Fällungen zu stoppen oder zumindest zu verlangsamen. Sie erfuhren dabei nicht nur psychische und physische Gewalt, sondern setzten sich auch stunden- und tagelang der eisigen Winterkälte aus. Doch lange schien es, als würde sich die polnische Regierung um keinen Preis von ihrem Weg abbringen lassen. Im Gegenteil, die Hetze gegen die mutigen Waldschützer*innen wurde immer größer.*

Im Mai 2017 fuhren die ersten schweren Holzerntemaschinen in den Wald. In den Wald, der nicht nur 20.000 Tier- und Pflanzenarten beherbergt, sondern auch mindestens 8.000 Jahre alt sein soll, der zum UNESCO-Weltnaturerbe gekürt wurde und als der allerletzte europäische Tiefland-Urwald gilt. Der nicht nur in Polen, sondern auch in Weißrussland liegt und dort als Nationalpark komplett vor menschlichen Eingriffen geschützt ist.

Doch gegen das Ende des Naturschutzes in Bialowieza regte sich Widerstand: Viele Menschen demonstrierten in den Städten, einige entschieden sich direkt nach Bialowieza zu fahren, um vor Ort gegen das Unrecht zu protestieren. Europaweit vernetzten sich die Umweltorganisationen und versuchten in ihren Ländern und bei der Europäischen Union für Aufmerksamkeit zu sorgen. Auch ROBIN WOOD klärte mit vielen Blog- und Magazinbeiträgen auf und führte eine aufsehenerregende Aktion vor dem Polnischen Institut in Berlin durch. Noch vor wenigen Monaten schickten wir auch mit anderen großen Umweltorganisationen einen gemeinsamen offenen Brief an den polnischen Botschafter in Berlin, doch wir bekamen keine Antwort.

Sogar weltweit sorgte der Konflikt für Aufmerksamkeit. Dazu trug auch der harte Kurs von Umweltminister Jan Szyszko bei, der gar nicht versuchte zu moderieren, sondern immer weiter anheizte. In seiner Amtszeit wurden nicht nur kritische Wissenschaftler*innen entlassen, sondern auch Aktivist*innen als „Agenten feindlicher Länder“ oder auch als „vom Satan beeinflusst“ bezeichnet.

Er ging sogar gegen seine Beamt*innen vor, die damals die Bewerbung um das Weltnaturerbe geleitet hatten – dies habe gegen polnische Interessen verstößt. Als Polen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) wegen der Nichteinhaltung europäischer Naturschutzgesetze angeklagt wurde, konnte er keine Schuld erkennen. Selbst als er im Oktober mit Luftbildern der Region konfrontiert wurde, behauptete er einfach, die Daten der Europäischen Kommission seien manipuliert.

Klage gegen Polen

Trotz des weltweiten Interesses, der laufenden Klage gegen Polen, des Aufschreis der Umweltorganisationen sah es lange so aus, als würde die polnische Regierung immer weitermachen. Erst im November kam die erste gute Nachricht: Der Europäische Gerichtshof verhängte eine einstweilige Verfügung, nach der Polen für jeden weiteren Tag der Nichteinhaltung 100.000 Euro Strafe zu zahlen habe. Danach stoppten die Maschinen, auch wenn unsere Freund*innen vor Ort nach wie vor berichten, dass immer noch Holzfäller mit Kettensägen in abgesperrte Waldgebiete geschickt werden. Doch die größten Fällungen schienen erstmal gestoppt.

Umweltminister abgelöst

Am 09. Januar kam nun die Nachricht, dass es zu großen Kabinettsumbildungen kommen wird. Dabei wird auch Umweltminister Szyszko, der große Antreiber der Waldzerstörung im Bialowieza, gegen einen neuen Minister ausgewech-

selt. Ob das nur eine Strategie ist, die polnische Regierung gegenüber der EU etwas weniger konfrontativ dastehen zu lassen, oder ob sich daraus nun wirklich Änderungen ergeben werden, bleibt offen. Eines ist sicher: Die polnische Umweltbewegung wird nicht lockerlassen und weiter ganz genau beobachten, was im letzten großen Tiefland-Urwald passiert.

Übrigens: Polen richtet im Dezember 2018 die UN-Klimakonferenz aus. Auch das könnte spannend werden.

Jannis Pfendtner, Waldreferent bei ROBIN WOOD, wald@robinwood.de

11.8.2017: ROBIN WOOD-Aktive protestierten in Berlin gegen die Naturzerstörung im Urwald von Bialowieza, Aktionsvideo unter www.youtube.com/robinwoodvideo



Foto: Knut Hildebrandt



Fotos: Eberhard Linckh

Angeleitet von ROBIN WOOD-Aktiven übten die Waldis eine Baumkletteraktion

Waldis werden aktiv:

Für gute Luft und gegen Wegwerfbecher

Bei den Projekttagen der Freien Waldorfschule Uhlandshöhe in Stuttgart 2017 unter dem Motto „Fremde Welten“ leiteten die ROBIN WOOD AktivistInnen Eberhard Linckh, Jannis Pfendtner, Marina Hartmann und Aaron Schinker den Workshop zum Thema ROBIN WOOD. Am ersten Tag lernten wir (neun Schülerinnen und Schüler der 9. bis 11. Klasse) die Organisation ROBIN WOOD kennen: Eberhard stellte uns die Umweltschutzorganisation und einzelne Aktionen vor. Danach überlegten wir, was wir selber gerne machen würden. Am zweiten Tag erzählte Jannis uns Einiges über die aktuelle Situation des Papierverbrauchs in der Welt. Erschüttert über die Folgen dieses verschwenderischen Umgangs, wurde von uns beschlossen, dagegen vorzugehen. Angefangen bei dem Klopapier und den

Schulheften wollen wir unsere Schule auf Recyclingprodukte umstellen und als aller erstes die Mülltrennung einführen. Am letzten und dritten Tag gab es für uns eine Baumkletteraktion auf der Uhlandshöhe.

Während dieser drei sehr informativen und interessanten Tage beschlossen wir, uns selber eine Aktion zu überlegen und als die „Waldis“ durchzuführen. Es tat sich direkt eine perfekte Gelegenheit

Transparentmalen für die Aktion bei schönstem Wetter



Stuttgart, 19.10.17: Beste Sicht für PolitikerInnen auf die Forderungen der WaldorfschülerInnen

auf: Im Stuttgarter Rathaus gab es eine große öffentliche Gemeinderatssitzung, in der es um die Verteilung der Haushaltsgelder ging. Wir waren uns schnell einig, dass wir gegen den vielen Feinstaub in Stuttgart etwas tun wollen. Bei einem Treffen entschieden wir uns für den genialen Spruch von David aus der 9. Klasse: „U-Bahn statt Smog-günstigere Tickets für BAHN brechenden Erfolg“. Diesen Spruch malten wir bei schönstem Wetter auf ein großes Banner.

Am 19. Oktober 2017 war es dann so weit. Ein Teil der Gruppe ging in den Sitzungssaal auf die Empore. Eigentlich wollten wir in der ersten Reihe sitzen, um das Banner zu entrollen, mussten jedoch auf die zweite Reihe ausweichen, da die Presse dort sitzen sollte. Doch schon bald erfuhr die Presse, für was wir uns einsetzen. Ein Pressevertreter ging mit einem Einweg-Papier-Kaffeebecher auf seinen Platz, als zwei Schülerinnen ihm freundlich lächelnd eine Presseerklärung und einen Aufkleber mit der Aufschrift „Tschüss Wegwerfbecher! Müll to go zerstört Wälder!“ überreichten. Nach einiger Zeit wollte sein Kollege sich auch einen Kaffee holen, wurde jedoch von seinem Nachbarn vor den Aufklebern gewarnt, wenn er mit Papierbecher kommen würde.

Na ja, das nur als eine kleine Anekdote am Rande! Denn jetzt ging es endlich los. Oberbürgermeister Kuhn begrüßte kurz die Anwesenden und dann ging es schon los. Immer wenn einer der Politiker das Thema Umwelt ansprach, standen wir auf und hielten unser Banner hoch. Nach einiger Zeit wurde das jedoch langweilig für uns, da wir eh nicht so genau verstanden haben, über was die Politiker da so große Reden schwangen. Also gingen wir hinaus auf den Marktplatz vor dem Rathaus. Mit viel Glück und fünf mit Helium gefüllten Ballons schafften wir es, unser Banner in den Himmel bzw. genau vor das Fenster des Großen Sitzungssaals in 30 Meter Höhe steigen zu lassen.



Foto: Joachim E. Röttgers

Im Sitzungssaal hat man unser Banner hervorragend gesehen. Zum Ende der Aktion vor dem Rathaus haben Leona und Maja ihre großartige Presseerklärung vorgelesen und dafür und für unsere Initiative tosenden Applaus geerntet. Sehr erfreut waren wir über den Artikel und das Foto in der Stuttgarter Zeitung und über den kleinen Bericht vom SWR. Und wir sind sehr dankbar dafür, dass ROBIN WOOD uns so toll unterstützt hat. Nach dieser Aktion ist jedoch für uns noch lange nicht Schluss. Anna-Chiara und Clara haben uns im Novemberplenium von ROBIN WOOD Stuttgart

vertreten und davor auf der Montagsdemo gegen S21 die Zeitung von Bündnis Bahn für Alle für die Verkehrswende verteilt. Einige von uns waren dann bei der Cube Aktion für bessere Luft am Neckartor dabei.

Und jetzt sind weitere Aktionen in Planung, und unsere Schule wartet schon auf die getrennten Mülleimer und die Hefte aus recyceltem Papier.

Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschule Uhlandshöhe, Stuttgart



Foto: Niko Kortemann/pixelio.de

Freiheit, Abenteuer und die Verkehrswende JETZT

Rede von Monika Lege auf der 395. Stuttgarter Montagsdemo am 27. November 2017

Trotz Dieselgate, dramatischen Feinstaubwerten in den Städten und spürbarer Folgen des Klimawandels wagt es keine der seit September um eine Regierungsbeteiligung herum lavierenden Parteien, eine grundlegend neue Mobilitätspolitik anzugehen. Das von ROBIN WOOD mit gegründete Bündnis Bahn für Alle hat deshalb im Herbst die Zeitung für eine „Verkehrswende und Umstieg – JETZT“ herausgegeben.

Eine Verkehrswende oder eine grundlegend neue Mobilitätspolitik verliert sich nicht in technischen, rechtlichen oder statistischen Details. Sie erfordert Mut, denn Mobilität ist ein sehr emotionales Thema. Mobilität geht alle an. Auch alle Wählerinnen und Wähler. Wenn ich als Mobilitätsreferentin in einem Umweltschutzverein sage, was ich beruflich mache: Kampagnen für Zug statt Flug, eine bessere Bahn für Alle und weniger Auto(s) – dann erlebe ich von persönlichen Erfahrungen und persönlicher Praxis geprägte Reaktionen. Beim Thema Energiewende streite ich mit Leuten, die in der Energiewirtschaft arbeiten, und ich streite über Strompreise. Aber ob mein Stromanbieter atomstromfrei, klimafreundlich und bürgereigen arbeitet, merke ich nicht, wenn ich mein Handy auflade oder den Kühlschrank aufmache. Wie ich von A nach B komme, merke ich dagegen sehr deutlich. Natürlich fühlt es sich anders an, ob ich motorisiert oder mit Muskelkraft unterwegs bin, ob ich ins eigene Auto steige oder mit Bus und Zug fahre. Obwohl Verkehrsfachleute rational argumentieren, geht es um so bewegende Motive wie Freiheit und Abenteuer. Autowerbung inszeniert die „kleinen Fluchten aus dem Alltag“. Weite Reisen sind Leuchttürme in der Biografie. Bei Mobilität geht es auch um Kraftmeiern und das zur Schau stellen von Besitz. Und es geht um Sicherheit, Lebensgewohnheiten, Selbstverständlichkeiten. Die Reaktionen auf die Forderung nach weniger Autos und weniger Flügen sind extrem emotional.

Ökologischer Fußabdruck korreliert mit der Höhe des Einkommens

Das liegt auch daran, dass es bei unserer Mobilität einen großen Unterschied zwischen dem selbst formulierten Umweltbewusstsein und dem tatsächlichen ökologischen Fußabdruck gibt. Der ökologische Fußabdruck korreliert viel stärker mit der Höhe des Einkommens als mit der politischen Haltung. Ärmere Leute haben kleinere Wohnungen, kleinere Autos und fliegen nicht so viel. Nur bei der Ernährung passen Umweltbewusstsein und grüner Konsum zusammen.

Was tun? Die Bewegungen gegen Stuttgart 21 oder den Ausbau des Frankfurter Flughafens haben Erfahrung mit dem Bohren dicker Bretter. Das dicke Brett „Mobilitätswende“ bedeutet, dass wir den verfestigten Zwang, das Auto zu benutzen in unserer

Infrastruktur, in unseren Lebensgewohnheiten, in unseren privaten und den öffentlichen Haushalten aufheben.

„Jede und jeder, die und der das will, soll in fünf Jahren seine und ihre individuelle Mobilität ohne eigenen Pkw – und möglichst ganz ohne Auto – realisieren können.“ Das ist das Ziel der Mobilitätswende, wie es Bahn für Alle in der Zeitung für eine „Verkehrswende und Umstieg – JETZT“ formuliert.

Dafür braucht es sieben Sachen:

1. Wir brauchen eine Infrastruktur der kurzen Wege. Wenn Menschen dort, wo kein Bus mehr fährt, gemeinsam einen Dorfladen aufbauen, ist das auch Mobilitätspolitik.
2. Für kurze Wege brauchen wir keinen Verbrennungsmotor. Wenn Kita, Schule, Gesundheits- und Gemeindezentrum, Orte zum Geld verdienen und zum Geld ausgeben nah am Wohnort sind, geht das zu Fuß, mit dem Fahrrad und der Reichweite von Elektromobilität.
3. Wir brauchen ein attraktives öffentliches Verkehrsangebot: jederzeit und überall.
4. Wir brauchen eine Flächen- und Bürgerbahn. Eine gute Bahn ist eine faire Alternative zum eigenen Auto und transportiert Güter auf der Schiene. Eine gute Bahn betreibt Nachtzüge als Alternative zu innereuropäischen Flügen.
5. Wir brauchen keine unsinnigen Großprojekte, die öffentliche Gelder im Verkehrssektor zum Nutzen weniger und zum Schaden vieler vergeuden.
6. Wir brauchen ein transparentes und einfaches Preissystem im öffentlichen Verkehr und eine Reduktion der Ticketpreise um mindestens ein Drittel. Perspektivisch brauchen wir eine einheitliche Mobilitätskarte für Nah- und Fernverkehr. Sie baut Hürden für den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel ab. Und wir brauchen Modellregionen zum „Nulltarif“.
7. Wir brauchen eine drastische Reduktion beim Güterverkehr und seine Verlagerung auf Schiff und Schiene.

„Mehr Verkehr“ ist schon längst kein positives Ziel mehr. Eine grundlegend neue Mobilitätspolitik hat begriffen, dass Wachstum im Verkehrssektor zu Lasten von Lebensqualität, Gesundheit, Umwelt und Klima geht. Sie verabschiedet sich vom Verbrennungsmotor und lässt fossile Energieträger im Boden. Sie hört auf, Autos, Laster und Flugmeilen zu zählen, mit einem Wachstumsfaktor xy zu multiplizieren und dann die Infrastruktur hinterher zu bauen. In Zukunft sind wir besser mobil statt verkehrt unterwegs.

Monika Lege ist Politikwissenschaftlerin und Referentin für Mobilität bei ROBIN WOOD, verkehr@robinwood.de



Fotos: ROBIN WOOD/Lege

Proteste und Baubesetzungen gegen den drohenden Kahlschlag im Treburer Wald. Die Betreibergesellschaft des Frankfurter Flughafens, Fraport, will hier sechs Hektar Wald roden, um einen Autobahnanschluss für ein geplantes drittes Terminal zu bauen

Autobahn für Flughafen

Petra Schmidt von der BI Mörfelden-Walldorf schilderte am 7. Januar 2018 bei einer Protestaktion im Treburer Oberwald das Ausmaß der Waldzerstörung für den Frankfurter Flughafen, der bereits jetzt 22 Quadratkilometer ehemalige Waldfläche unter Beton begräbt. Für sie ist der Ausbau des Flughafens Sinnbild globaler Auswirkungen unserer Lebensweise. ROBIN WOOD dokumentiert hier ihre Rede.

Hallo, danke, dass Ihr heute alle gekommen seid!

Anlass ist die vorläufige Besitzeinweisung von knapp sechs Hektar des Treburer Oberwaldes an die Fraport AG für einen Autobahnanschluss zum Terminal 3. Die Besitzeinweisung wird ab morgen, den 08.01.2018 wirksam. Ohne den Bau dieses Autobahnzubringers würden die Buchen, die hier schon gefällt am Boden liegen, vermutlich noch stehen. Die sechs Hektar reißen sich ein in die Hunderte von Hektar Wald, die für die Landebahn und den Ausbau im Süden des Frankfurter Flughafens gerodet wurden.

Nur wenige Kilometer entfernt, im Langener Bannwald, wurden in diesem Winter bereits 20 Hektar von insgesamt 60 Hektar Bannwald für die Erweiterung

der Sehring Kiesgrube gerodet. Sehring liefert auch Kies für den Flughafen. Und weitere 10 Hektar Wald dürfen nach einem Gerichtsurteil jetzt in der Nähe von Kelsterbach/Raunheim gerodet werden, diesmal für die Kiesgruben von Mitteldorf.

Laut aktuellem Entwurf des Landesentwicklungsplans sollen zukünftig in Hessen maximal 2,5 Hektar pro Tag versiegelt werden – aber im Rhein-Main-Gebiet wird immer mehr zugebaut, die Naherholungsgebiete der Kommunen in der Nähe des Flughafens werden immer kleiner, die Gesamtbelastung immer größer – das passt doch nicht zusammen!

Und es geht weiter: Pläne für die Verschwenkung der Riedbahnstrecke über das Terminal 3 würden weiteren Wald kosten.

Der Bau des dritten Terminals wurde immer wieder zeitlich nach hinten geschoben, einfach weil die weit überhöhten Prognosen der Planfeststellung nicht eingetroffen sind.

Jetzt liegt der Bauantrag für einen Abschnitt des Terminals 3 vor – aber auch nur, weil das lange Zeit Undenkbare nun Realität geworden ist: **Billigflieger** auf Rhein-Main, mit berüchtigt schlechten Arbeitsbedingungen bei Ryanair, eine Fluglinie, die überproportional verantwortlich ist für nächtliche Landungen während der Mediationsnacht. Ohne die Genehmigung der entsprechenden Entgeltordnung durch das grün geführte hessische Wirtschaftsministerium wäre das nicht möglich geworden.

Über die Baugenehmigung für den Flugsteig G, für diese Low-Cost-Carrier

als ersten Bauabschnitt des dritten Terminals, muss noch entschieden werden. Die „Zukunft Rhein Main“ hat in einem Gutachten nachgewiesen, dass **der Bau des Billigflugsteigs nicht dem Planfeststellungsbeschluss entspricht.**

Die schwarz-grüne Landesregierung, (bzw. das grün geführte hessische Wirtschaftsministerium), die alles durchwinkt, was der Flughafenbetreiber will, widerspricht selbstredend mit einem eigenen Gutachten und schiebt den Schwarzen Peter an die Stadt Frankfurt weiter. Diese Landesregierung unterscheidet sich nicht von der CDU-FDP-Regierung früherer Jahre, die mit Zustimmung der SPD die Landebahn Nord-West durchgesetzt hat. Bei ihr liegt die Hauptverantwortung für das Terminal 3.

Aber: In Frankfurt steht ein SPD-Oberbürgermeister an der Spitze, der sich verbal gegen mehr Fluglärm wendet. Die Bauaufsicht liegt bei einem SPD geführten Dezernat. Wir sind gespannt, ob hier der politische Mut ausreicht, dem Billigflugsteig die Genehmigung zu versagen – das ist der Lackmустest für die Glaubwürdigkeit. Ob Frankfurt es ernst meint mit der Einhegung des Flughafens. Wir sehen daran, dass wir nicht zu sehr auf einzelne Parteien schielen sollten. Wie auf dem politischen Parkett entschieden wird, das hängt ganz wesentlich davon ab, ob es sozialen Bewegungen gelingt, die Kräfteverhältnisse in Richtung sozial-ökologische Transformation zu verschieben.

Um es noch mal deutlich in Bezug auf den Flughafen zu sagen: Selbst wenn die Prognosen des scheinbar unaufhaltenden Wachstums des Flugverkehrs eingetreten wären – dann wäre das umso mehr ein Grund, sich gegen die Wachstumsstrategie des Flughafens zu wehren. Denn es geht da schon längst in erster Linie darum, möglichst viel Flugverkehr nach Frankfurt zu ziehen, auf dass die Geschäftsleute und Touristen möglichst viele Kongresse am Flughafen abhalten und möglichst viel in der „Airport City“ einkaufen gehen.

Die negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen einer solchen Lebensweise sind regional und weltweit nicht mehr tragbar. Wir stehen mit unserem Protest an einem Knotenpunkt regio-

ner und globaler Problematiken, das Globale findet hier vor Ort statt. Sinnbild dafür sind die eingeflogenen Wintererdbeeren, das Handy, der PC, deren Komponenten quer durch die Welt geflogen werden und die Coltan aus Bürgerkriegsländern enthalten oder die Flüge übers Wochenende mit einer Billigfluglinie.

Übrigens: nur ca. fünf Prozent der Menschen fliegt überhaupt. Die Lebensweise des globalen Nordens ist nicht verallgemeinerbar, sie beruht geradezu auf Exklusivität und der Ausbeutung von Natur und Menschen in weiter entfernten Regionen.

Seit 1970 hat sich der weltweite Ressourcenverbrauch verdreifacht und nimmt weiter zu – genauso wie der Flugverkehr. Weltweit sind ca. 423 neue Flughäfen in Bau oder in Planung. Ich mag mir gar nicht ausmalen, was das für eine Menge an klimarelevanten Emissionen bedeutet, wenn das alles realisiert wird. Schon allein aus diesen Gründen verbietet es sich, auf andere Flughäfen zu verweisen, in der Hoffnung, dass dort Wachstum statt finden könne – Hauptsache Frankfurt bliebe verschont. Nein, das ist keine Lösung!

Unser Protest richtet sich gegen die zunehmende regionale Gesamtbelastung UND weltweit, gegen Waldverlust und gesundheitsschädlichen Fluglärm.

Wir befinden uns da in guter Gesellschaft mit anderen Flughafenkritikern und Bewegungen, sei es in Nantes, in Wien oder in London. In diesem Sinne, danke für Euer Kommen und weiter in ein hoffentlich aktionsreiches Jahr 2018!

Eine Aktion von unabhängigen AktivistInnen findet gleich dort hinten weiter im Wald statt, dort werden gerade Bäume besetzt. Wir gehen jetzt alle zusammen dort hin. Ich freue mich, dass es parallel zum Kuchenstand zu dieser Aktion des zivilen Ungehorsams kommt, um die Bäume zu schützen.

Gemeinsamer Protest gegen den Flughafenausbau bei Kuchenstand, Diskussionen und Schnupperklettern



Der Druck sozialer Bewegungen, wie hier von Herbert Debus, Kreisvorsitzender BUND Groß Gerau, und Peter Illert, ROBIN WOOD Rhein-Main, beeinflusst politische Entscheidungen





Seit den 1970er Jahren rodet RWE den schützenswerten Hambacher Forst. Nun soll endlich mit einem Gutachten geklärt werden, ob der Wald nach EU-Recht unter Schutz gestellt werden muss

Wald
statt
Kohle!
die
Bäume!

photos: www.flickr.com/photos/rocos/hambacherforst/

Etappensieg für den Hambacher Wald

*Der Hambacher Forst ist zu einem internationalen Symbol für den Anti-Kohle-Widerstand geworden. Der alte und artenreiche Wald wird vom Stromkonzern RWE gerodet – um dem Braunkohle-Tagebau Platz zu machen. Seit Jahren kämpfen entschlossene Waldbesetzer*innen, Umweltverbände und engagierte Bürgerinitiativen für seinen Erhalt. Jetzt sieht es erstmals so aus, als könnte die Rodung des verbleibenden Waldes verhindert werden.*

Die Geschichte des Hambacher Forsts geht bis zur letzten Eiszeit zurück. Seitdem sich die Gletscher vor 12.000 Jahren aus Mitteleuropa zurückgezogen haben, war dieses Gebiet durchgängig bewaldet. Mit seinen teilweise über 300 Jahre alten Bäumen bietet der Wald gefährdeten Tier- und Pflanzenarten eine Heimat. Unter anderem kommen hier die streng geschützten Bechstein Fledermaus und die Haselmaus vor. Nach EU-Recht ist jegliche Beschädigung der Lebensräume dieser Tiere verboten. Als Hainbuchen-Stieleichen-Maiglöckchen-Wald ist der Hambacher Forst eines der größten Vorkommen dieses besonderen Lebensraumtyps in Europa. Das Schicksal dieses beeindruckenden Waldes: Er wächst auf einem Braunkohlevorkommen.

Seit den siebziger Jahren rodet Stromriese RWE den Wald für die Erweiterung seines Hambacher Braunkohle-Tagebaus. So ist schon jetzt ein Großteil des Hambacher Forsts zerstört worden. Dort, wo einst Wald war, ist jetzt ein 85 Quadratkilometer großes, über 450 Meter tiefes Loch. Eine tote Mondlandschaft, in der gigantische Maschinen die Kohle abtragen. Ganze Dörfer rund um den Tagebau werden umgesiedelt und nach und nach abgerissen. Doch im verbleibenden Wald gibt es immer mehr Leben.

Im Frühjahr 2012 besetzte eine Gruppe Aktivist*innen Bäume im Hambacher Forst, um direkt etwas gegen den Braunkohleabbau und die Rodung des Waldes

zu unternehmen. Fünf Jahre, drei Räumungen und Wiederbesetzungen später leben so viele Menschen wie noch nie zuvor in der Besetzung. Mittlerweile sind 30 Baumhäuser in mehreren Dörfern über den Wald verteilt, dazu kommt ein Camp auf einer angrenzenden Wiese. Mit ihrem Durchhaltevermögen ist es den Aktivist*innen des Hambacher Forsts gelungen weit über das Rheinland hinaus Aufmerksamkeit dafür zu schaffen, dass hier ein lebendiger Wald für eine überholte und klimaschädliche Form der Energiegewinnung vernichtet wird. Der ‚Hambi‘ wurde zu einem international bekannten Symbol des Widerstands gegen die zerstörerischen Auswirkungen des fossilen Kapitalismus.

Die Aktivist*innen im Forst sind alles andere als eine einheitliche Gruppe – jede*r spricht hier nur für sich. Und trotzdem: Dass wirkliche Klimagerechtigkeit nur mit einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel gelingen kann, darauf können sich hier wohl die meisten einigen. Entsprechend ist die Besetzung nicht nur eine direkte Aktion gegen den Braunkoh-

leabbau, sondern auch ein Ort, an dem andere Formen des Zusammenlebens und der Selbstorganisation ausprobiert werden können.

Mit ihrem Anliegen sind die Waldbesetzer*innen nicht allein. Engagierte Bürgerinitiativen und Anwohner*innen setzen sich seit Jahren gegen den Tagebau und die Rodung des Hambacher Forsts ein. So finden beispielsweise monatlich geführte Waldspaziergänge statt, bei denen die Besucher*innen sich über die Geschichte des Waldes und des Widerstands informieren können. Die lokale Unterstützung ist zentral für das Gelingen der Waldbesetzung – ob in Form von Essen, Geldspenden, warmen Duschen oder Öffentlichkeitsarbeit.

RWE ist fest entschlossen zu roden und zu räumen

In diesem Winter spitzte sich die Auseinandersetzung um den Hambacher Forst deutlich zu. Während die Forderungen nach einem Ausstieg aus der CO₂-inten-

Seit 2012 ist der Hambacher Forst besetzt, um ihn vor der Abholzung zu schützen. Inzwischen sind mehrere Baumhaus-Dörfer entstanden



siven Braunkohleverstromung in Deutschland immer lauter werden, hatte RWE geplant, den verbliebenen alten Teil des Waldes komplett zu roden und alle Baumhaushälter räumen zu lassen. Hier zeigt sich eindrücklich die dominante Logik fossiler Energiegewinnung, die auf kurzfristigen privaten Profit abzielt und die Kosten verallgemeinert. Der Hambacher Forst ist zu einem Kristallisationspunkt des Konflikts zwischen diesem alten System und der wachsenden Zahl seiner Kritiker*innen geworden. Entsprechend breit ist die Aufmerksamkeit und die Unterstützung des Widerstands.

Gemeinsam mit den lokalen Bürgerinitiativen protestierten tausende Menschen vor Ort mit Menschenketten und Mahnwachen. Umweltverbände machten sich gegen die Rodung des Waldes stark. In verschiedenen Städten bundesweit gründeten sich Hambi-Soli-Gruppen, um Infoveranstaltungen und Aktionen zu planen. Viele neue Aktivist*innen zogen das erste Mal in den Wald – und bereiteten sich gemeinsam auf die Rodungssaison vor.

Die Medien berichten regelmäßig und häufig sehr kritisch über die drohenden Baumfällungen.

Gerichtliche Entscheidung schafft Atempause für Wald und Aktivist*innen

In dieser angespannten Situation gelang dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mit einer Klage ein Etappensieg für den Erhalt des Hambacher Forsts. Der Verband nutzte das seit Juni 2017 bestehende erweiterte Klagerecht für Umweltverbände, um gegen die Rodungen vorzugehen. Der BUND argumentierte, dass der Hambacher Forst nach EU-Recht geschützt sein müsse und die Erteilung der Rodungsgenehmigung nicht nach Vorschrift geschehen sei. Nachdem zunächst Ende November diese Klage vom Verwaltungsgericht in Köln abgewiesen worden war und RWE unverzüglich mit den Baumfällungen begonnen hatte, konnte sich der BUND in einem Eilverfahren beim Oberverwaltungsgericht Münster durchsetzen. Seit

dem 28.11.2017 darf RWE nicht mehr im Hambacher Forst roden. Bevor eine weitere Erlaubnis ausgestellt werden wird, soll ein Gutachten beurteilen, ob der Hambacher Forst doch nach EU-Recht geschützt werden müsste. Da Rodungsarbeiten nur noch bis zu der im März beginnenden Vegetationsperiode durchgeführt werden können, kann frühestens im Herbst 2018 wieder gefällt werden.

Damit sieht es so aus, als gäbe es momentan für den Wald, die Aktivist*innen und ihre Unterstützer*innen eine hart erkämpfte Atempause. Und trotzdem ist es gerade jetzt wichtig die Aufmerksamkeit und den Druck aufrechtzuerhalten. Es ist lange bekannt, wie eng die Beziehung zwischen RWE und Politik vor allem in Nordrhein-Westfalen ist. Der Stromriese gilt als eines der politisch einflussreichsten Unternehmen in Deutschland. Ohne öffentlichen Druck wird weder der Hambacher Forst langfristig geschützt, noch der dringend notwendige Kohleausstieg in Deutschland beschlossen werden. Der BUND hat schon

Nachdem der Stromkonzern RWE die Braunkohle aus dem Boden geholt hat, bleibt von dem schützenswerten Wald nur ein 450 Meter tiefes Loch übrig

Foto: www.flickr.com/photos/hambacherforst



angekündigt, weiter juristisch gegen die Rodung des Hambacher Forsts vorzugehen. Die Bürgerinitiativen vor Ort werden ihre engagierte Arbeit weiterführen. Die Aktivist*innen im Hambacher Forst sind entschlossen, den Wald erst zu verlassen, wenn sein dauerhafter Erhalt gesichert ist und er vollständig sich selbst überlassen wird. Dabei wird jede Hand gebraucht! Ob durch Sach- oder Geldspenden, das Organisieren von Info-Abenden in möglichst vielen Städten oder die Mithilfe

beim Bauen weiterer Baumhäuser – es gibt unterschiedliche Formen, gegen die Rodung des Hambacher Forsts überall aktiv zu sein.

Lasst uns gemeinsam deutlich machen: Braunkohle muss im Boden bleiben – und der Hambach bleibt!

*Ronja Heise,
Energiefereferentin bei ROBIN WOOD,
energie@robinwood.de*

Aktuelle Informationen unter:

<https://hambacherforst.org/rodungssaison-17/>
<http://www.buierfuerbuir.de/index.php>
<https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlentagebau/hambach/bund-klage-gegen-hambach/>

Engagement für Klimagerechtigkeit

Seit Dezember ist Ronja Heise die neue Fachreferentin für Energie im Hamburger ROBIN WOOD-Büro. Die Themen Klima und Energie haben sie sowohl durch ihr Studium als auch in ihrer bisherigen politischen Arbeit begleitet. Nach einem Bachelor in Umweltwissenschaften in Lüneburg studierte Ronja Internationale Beziehungen mit einem Fokus auf Umweltfragen in Brighton. Ein Großteil ihrer ‚politischen Früherziehung‘ fand in der Greenpeace-Jugend statt. Danach brachte sie sich in verschiedene selbstorganisierte lokale und überregionale Kontexte ein. Aktuell ist Ronja vor allem im Ende Gelände-Bündnis und in dem europäischen Klimaaktivist*innen-Netzwerk Climate Justice Action aktiv.

„In einer Situation, in der das Ende der Kohle in Deutschland verhandelt werden muss, der Atomausstieg sich viel zu lange hinzieht und Klimagerechtigkeit und eine wirkliche Energiewende zu den wichtigsten Zukunftsthemen gehören, habe ich Lust, mit euch gemeinsam politisch Druck zu machen.“

Ronja Heise können Sie bei allen Fragen zu Energie und Klimaschutz erreichen unter: energie@robinwood.de, Tel.: 040 380892-21



impressum

Nummer 136/1.18

ROBIN WOOD-Magazin
Zeitschrift für Umweltschutz
und Ökologie

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Tim Christensen, Sabine Genz, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Christian Offer, Regine Richter, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Verantwortlich für Layout, Satz, Fotos und Anzeigen ist die Redaktion.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle

Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380892-0, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand. Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Förder*innen, die ab 50 € jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.
info@robinwood.de

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bogenoffsetdruck, Auflage: 8.000. Gedruckt mit mineralölfreien Farben auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel.

Titelbild:

Jim Wickens/Ecostorm via Mighty Earth

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V., Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



www.robinwood.de



Foto: Wir haben es satt

20. Januar 2018, Berlin, Großdemo „Wir haben es satt“: Die konventionellen und Öko-Bäuer*innen demonstrieren gemeinsam mit Lebensmittelhandwerker*innen und der Zivilgesellschaft gegen die fatalen Auswirkungen der intensiven industriellen Landwirtschaft

Ernährungssouveränität jetzt!

Agrarwende statt Klimawandel

Dass die globale Landwirtschaft zu einem maßgeblichen Teil für den Ausstoß von Treibhausgasen und damit auch den Klimawandel verantwortlich ist, ist heute weithin bekannt. Schätzungen des Weltklimarats IPCC gehen weltweit von etwa einem Drittel aus. Eine Studie der NGO GRAIN ordnet dem industriellen Ernährungssystem sogar bis zu 50 Prozent der menschenverursachten Treibhausgasemissionen zu, indem sie neben der unmittelbaren Produktion auch die Verarbeitung, Kühlung und Müllproduktion, den Transport und die Folgen der anhaltenden Entwaldung bei der Erschließung neuer Anbauflächen einrechnet. Bäuerinnen und Bauern zählen weltweit nicht nur zu den am stärksten Betroffenen der Erderwärmung und ihrer Folgen, sondern machen sich auch dafür stark, hieran etwas zu ändern.

Um die versammelte Weltgemeinschaft auf ihre schwierige Situation aufmerksam zu machen und ambitionierten Klimaschutz einzufordern, hatten sich im Dezember 2015 auch

Mitglieder von La Via Campesina zur Pariser Klimakonferenz eingefunden. An dem hier zu Stande gekommenen Abkommen kritisierten die Aktivist*innen der internationalen Bewegung aus Bäuer*innen, Landarbeiter*innen, Fischer*innen und Hirt*innen neben unzureichender Emissionseinsparung und der völligen Unverbindlichkeit vor allem die Weichenstellung für eine weitere Finanzialisierung von Natur, die Ausweitung der industrialisierten Landwirtschaft und eine Verschärfung des globalen Ressourcenraubs.

Dass die beschlossene Begrenzung der globalen Erderwärmung auf 2 oder gar 1.5 Grad deutlich ambitioniertere Zusagen der jeweiligen Staaten erfordert hätte, trifft als Vorwurf auch Deutschland – ambitioniert geht jedenfalls anders. Wie der selbst ernannte Klimaweltmeister die zugesicherte Verringerung seiner Treibhausemissionen um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 in den nächsten drei Jahrzehnten erreichen will, steht in den Sternen. Laut Umweltbundesamt waren im Jahr

2015 etwa 7,4 Prozent der deutschen Gesamtemissionen auf den Agrarsektor zurückzuführen – etwa 67 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Er liegt damit an zweiter Stelle, gleich hinter den hierzulande grotesk hohen Ausstoßen aus der Energiegewinnung. Der maßgebliche Anteil der Landwirtschaft an den Treibhausgasemissionen der Bundesrepublik ergibt sich dabei vor allem aus den Methan-Freisetzungen in der Tierproduktion, aus der Verwendung von Wirtschaftsdünger (Mist und Gülle) und der Lachgas-Emission bei der Stickstoffdüngung. Verbindliche Klimaziele für die Landwirtschaft? Trotz allem Fehlanzeige.

Business as usual: eine gefährliche Sackgasse

Die Landwirtschaft in der Bundesrepublik ist in hohem Maße durchmaschinisiert und industrialisiert. Seit Langem wird sie auf Wachstum orientiert. Mit den derzeit produzierten Milch- und Fleischmengen werden dank satter staatlicher Exportsubventionen Konkurrenz-Hersteller in Nah und Fern aus dem Markt gedrängt. Das zerstört in anderen Teilen der Welt nicht nur Existenzen und regionale Wirtschaftskreisläufe, es erhöht auch das globale Transportaufkommen und ersetzt die vielerorts weniger klimaschädliche Erzeugung durch oftmals emissionsintensiver hergestellte Produkte.

Im Namen des Kampfes gegen den Welt-hunger geraten im globalen Süden – unterstützt von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – die dort weit verbreiteten kleinbäuerlichen Agrarstrukturen immer stärker unter Druck. Im Sinne der kapitalistischen Wertschöpfung werden diese häufig durch hochtechnisierte Monokulturplantagen, mit reichlich Dünger- und Chemieeinsatz, verdrängt – Plantagen mit hohen Renditen für Konzerne und Investoren. Dabei bleibt nicht nur der Klimaschutz auf der Strecke, sondern als Vertriebene und nun „Überflüssige“ auch die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Die Welternährungsorganisation FAO konstatiert, dass ihre oftmals agrarökologischen Prinzipien folgende Wirtschaftsweise nach wie vor die Ernährungsgrundlage für Milliarden Menschen sichert.

Entgegen aller Versprechungen, sich den Herausforderungen des Klimawandels annehmen zu wollen, haben die deutschen Gastgeber auch beim jüngsten G20-Gipfel in Hamburg keine Debatten in Richtung der dafür notwendigen Transformation der landwirtschaftlichen Produktionssysteme angestoßen.

Was müsste also passieren? Eine Menge! Die Liste ist lang und schon oft verlesen worden. Geholfen wäre dem Klima etwa mit einer Verringerung der bestehenden Lebensmittelverschwendung, da weniger für die Mülltöne produziert werden müsste. Anzustreben wäre außerdem ein deutlich niedrigerer Verbrauch von Fleisch und anderen tierischen Produkten sowie eine saisonal angepasste Verwendung regionaler, biologisch erzeugter Nahrungsmittel, die nicht um die halbe Welt gereist sind. Hieraus nun aber lediglich einen Appell an das moralische Gewissen der Konsument*innen abzuleiten, greift viel zu kurz. Neben den individuellen Antworten brauchen wir gesellschaftliche.

Die Versorgung mit gesundem Essen ist ein öffentliches Gut. Das Umsteuern hin zu einer klimagerechteren Bereitstellung liegt deswegen in unser aller gemeinsamer Verantwortung. „Gemeinsam“ heißt zugleich, dass zunächst bestehende Machtverhältnisse überwunden werden müssen. Eine sozial gerechte, umfassende Agrarwende ist nur mit dem Einbezug der ausgeschlossenen Stimmen und Ansätze denkbar. Aus diesem Grund ist die soziale Frage für die Agrarwende fundamental.

„Die Versorgung mit gesundem Essen ist ein öffentliches Gut. Das Umsteuern hin zu einer klimagerechteren Bereitstellung liegt deswegen in unser aller gemeinsamer Verantwortung.“

Als Gesellschaft haben wir also zu reden. Wir müssen miteinander darüber sprechen, ob tierische Produkte weiterhin mit einem verminderten Mehrwertsteuersatz subventioniert werden sollen, obwohl sie in der

Herstellung ein Vielfaches der Treibhausgase anderer Lebensmittel verursachen. Wir müssen darüber sprechen, wie wir die aggressive Exportorientierung der deutschen und europäischen Landwirtschaft überwinden und klimaschädliche Subventionen in die Erforschung und Förderung ökologischer Anbauformen umlenken können.

Nicht alle Maßnahmen, die auf den ersten Blick Emissionen senken, sind auch sozial und ökologisch gerecht. Beispielsweise kann die Erzeugung von Biomasse zur energetischen Verwertung, vor allem aus Rückständen und Nebenprodukten, zwar einen Beitrag für die dringend notwendige Überwindung der fossilen Energieerzeugung leisten. Doch der enorme zusätzliche Flächenbedarf für die Bioenergieherstellung droht Boden- und Lebensmittelpreise in vielen Regionen noch weiter in die Höhe zu treiben. Angesichts der weltweit steigenden

„Climate Justice how? – Die Klimagerechtigkeitsbewegung nach dem Pariser Abkommen“

Das Pariser Weltklimaabkommen vom Dezember 2015 formuliert ein hochambitioniertes Ziel: die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1.5 Grad. Wird dieses Ziel ernst genommen, so legt es eine klare Begrenzung der Menge der ab dem heutigen Zeitpunkt global emittierten Treibhausgase fest. Dieser Text ist ein weiterer Beitrag in unserer Debattenreihe um das 1.5-Grad-Ziel. Diskutieren wollen wir, welche Konsequenzen sich aus dem 1.5-Grad-Ziel und der aktuellen realen politischen Situation für die politische Praxis einer globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit ergeben. Welche Ziele, Prioritäten und Forderungen sind für die Klimagerechtigkeitsbewegung aktuell angemessen?

Nachfrage nach Nahrungsmitteln sind derartige Szenarien für die Energiegewinnung entschieden abzulehnen.

Beet the system: agrar-ökologische Landwirtschaft hat Zukunft

Umweltverbände und NGOs fordern zu Recht, Deutschland müsse endlich verbindliche Klimaziele für die Landwirtschaft definieren und einen Fahrplan entwickeln, wie diese erreicht werden können. Aus klimapolitischer Sicht braucht es nicht weniger als eine komplette Umkehr vieler Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte. Zentrales Element dieses Umbaus muss die Stärkung von Alternativen zum derzeit herrschenden agrarindustriellen Modell sein, das ganz maßgeblich für die hohen Emissionen aus der Landwirtschaft verantwortlich ist. Klimaschutz bedeutet daher die aktive Förderung von Strukturen einer lokalen Nahrungsmittelerzeugung und Vermarktung, von regionalen Kreisläufen und so genannten agrar-ökologischen Anbaumethoden. Dabei handelt es sich um lokal angepasste Lösungen, die ausgehend von den vor Ort verfügbaren Ressourcen und unter besonderer Berücksichtigung biologischer Prozesse mit deutlich weniger Agrarchemikalien auskommen.

Der Landwirtschaftssektor ist also nicht nur maßgeblicher Verursacher von Emissionen, sondern birgt mit alternativen Modellen auch enorme Potenziale für ihre Reduzierung. Ohne oder gar gegen die Produzent*innen unserer Nahrungsmittel kann das Projekt eines nachhaltigen Umsterns nur scheitern. Ihr Wissen und die Erfahrungen vieler Generationen sind unerlässlich für die Landwirtschaft der Zukunft. Das Aufhalten des Klimawandels, der bereits heute riesige Flächen vormals frucht-

baren Bodens und Millionen bäuerliche Existenzen vernichtet, liegt in ihrem unmittelbaren Interesse.

Wie in anderen gesellschaftlichen Sektoren auch, die angesichts der Faktenlage dringend nach sozial-ökologischer Transformation verlangen, bestehen starke Beharrungskräfte. Weil die Player in der Agrar- und Ernährungsindustrie an den bestehenden Zuständen gut verdienen, stehen sie einem Wandel trotz besseren Wissens im Weg. In den Augen der Agrar- und Handelskonzerne sowie ihrer Shareholder stellt Ernährungssouveränität ein bedrohliches Szenario dar. Mit ihrem Anspruch auf eine umfassenden Demokratisierung der Ernährungssysteme ist sie jedoch Voraussetzung für die Bewältigung der immensen Herausforderungen auf dem Weg zu einer zukunftsgerechten Landwirtschaft. Auch von der Bundesregierung ist derweil wenig anderes zu erwarten als die Bewahrung des Status Quo, der Verweis auf marktwirtschaftliche Spielregeln und Druck in Richtung weiterer Intensivierung.

Soziale Bewegungen, insbesondere die Klimagerechtigkeitsbewegung, sollten vor diesem Hintergrund Fragen von Landwirtschaft und Agrarpolitik stärker als bisher in den Mittelpunkt rücken und weiter Druck für Veränderung aufbauen: für eine Landwirtschaft jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung, die den Menschen, den Tieren und dem Klima gerecht wird!

Paula Gioia ist Bäuerin in Brandenburg. Sie ist aktiv in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, der deutschen Mitgliedsorganisation von La Via Campesina (www.abl-ev.de, www.viacampesina.org)

Katrina McKee ist Gärtnerin und Aktivistin für Ernährungssouveränität, u.a. im Nyéléni-Netzwerk (www.nyeleni.de)

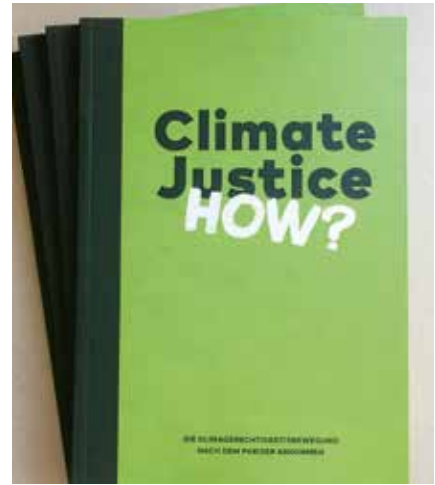


Klimagerechtigkeit - aber wie?

Das Pariser Weltklimaabkommen vom Dezember 2015 formuliert ein hoch ambitioniertes Ziel: die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1.5-Grad. Wird dieses Ziel ernst genommen, so ist weltweit nur noch eine geringe Menge an Treibhausgasen emittierbar. Ein Weiter-so-wie-bisher scheint damit unmöglich.

Doch wo stehen wir auf dem Weg zum 1.5-Grad-Ziel, was wäre erforderlich, um das Ziel zu erreichen, und was wird aktuell tatsächlich getan? In unserer Debattenreihe *Climate Justice How* haben die Autor*innen diskutiert, welche Konsequenzen sich aus dem 1.5-Grad-Ziel und der derzeitigen politischen Situation für die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit ergeben. Welche Ziele, Prioritäten und Forderungen sind aktuell angemessen?

Die Broschüre versammelt die Debattenbeiträge zum Thema aus dem ROBIN WOOD-Magazin und diskutiert darin unterschiedliche Perspektiven, welche politische Praxis angemessen ist. Großformatige Aktionsbilder mit Zitaten zum Klimawandel lockern die Texte auf. Der große Informationsgehalt der Broschüre wird noch durch ein Glossar zu Klimapolitik und Klimagerechtigkeit ergänzt. Hier werden zentrale Begriffe – von Klimagipfel bis Klimabewegung – schlaglichtartig beleuchtet.



ROBIN WOOD und Ende Gelände:
Climate Justice How?
A5-Broschüre, 87 Seiten
1,50 € plus 1,45 € Versand
bei ROBIN WOOD e.V.
Tel.: 040 38089 2-0
E-Mail: info@robinwood.de
<https://www.robinwood-shop.de/infomaterial/>

anzeige 



Die beste Zukunftsanlage ist die Erhaltung der Umwelt.

Übliche Geldanlagen ziehen ihre Rendite aus der Zerstörung der Umwelt. Im großen Stil werden die Wälder gerodet, die Meere geplündert, die Gewässer verseucht, die Luft verpestet. ProSolidar verzichtet auf Rendite. Und finanziert stattdessen Einsatz für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Frieden sowie für Konzernkritik.

Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

- Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich weitere Informationen.
Ja, ich zeichne eine Einlage bei ProSolidar
- Festeinlage (ab 500 Euro) Euro
- Spareinlage (mind. 20 Euro/mtl.) Euro

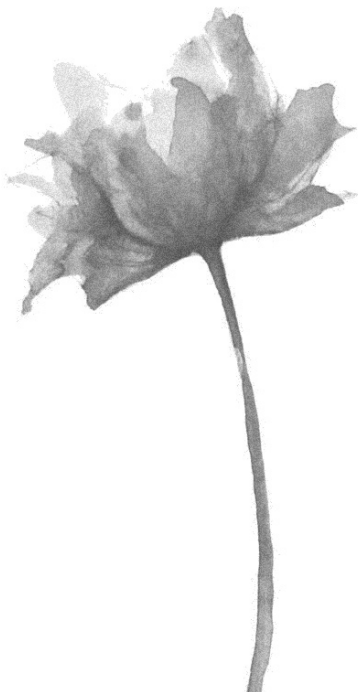
**Fordern Sie das
kostenlose Anlage-
prospekt an!**

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

Name, Vorname	Alter	Beruf
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Mail	Telefon	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Geldinstitut	Bankleitzahl bzw. BIC	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Konto-Nr. bzw. IBAN	Datum, Unterschrift	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	

Bitte ausschneiden und zurücksenden an: ProSolidar / Schweidnitzer Str. 41 / 40231 Düsseldorf
Tel. 0211 - 26 11 210 / Fax 0211 - 26 11 220 / Mail info@ProSolidar.net / www.ProSolidar.net

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Aktionsdatum, die Einzahlung oder Belastung mit Beiträgen einlegen. ProSolidar verarbeitet meine Beiträge. Geldgeber-ID: BE69 0000 0007 2984 7





Fotos: Initiative Berlin Werbefrei

Mitglieder der Aktivengruppe Berlin Werbefrei

Lebensraum statt Ware!

Wie die Initiative Berlin Werbefrei per Volksentscheid den öffentlichen Raum zurückerobern will

Wer in letzter Zeit mal über den Moritzplatz in Berlin-Kreuzberg gelaufen ist, könnte sich wie in einem sozialen Experiment vorgekommen sein. Forschungsfrage: Wie viel Außenwerbung verträgt der öffentliche Raum, ohne dass sich Widerstand regt? Wo einerseits das ökologisch-alternative Vorzeigeprojekt Prinzessinnengarten als Beispiel sozialer und nachhaltiger Stadtentwicklung funkelt, schlagen den PassantInnen gleichzeitig unzählige, aggressive Werbeschilder entgegen: insgesamt 22 riesige Plakatwände. Die Tatsache, dass etwa die Hälfte von derselben Firma bespielt sind, verstärkt den „In-Your-Face“-Effekt noch. Hinzu kommen zwei überdimensionale Baugerüste, die als Werbefläche dienen, sowie mehrere hintergrundbeleuchtete City-Light-Werbetafeln und eine höhergestellte, elektrisch betriebene Tafel mit automatisch wechselnden Werbeschildern. Nicht zu vergessen: Das künstlerisch inszenierte, gemalte Werbemotiv, das majestätisch an der Hauswand direkt

neben den Prinzessinnengärten prangert und erhaben über diese wacht. Sponsored by: Mercedes-Benz.

Gerade dieser Ort im Herzen Kreuzbergs spiegelt die zwei widersprüchlichen Seiten Berlins wie kein anderer: Auf der einen Seite die brodelnden, alternativen (Sub-)Kulturen, auf der anderen die knallharte Kommerzialisierung und der Ausverkauf. Kein Wunder also, dass gerade hier sich Widerstand formiert: Die bunte AktivistInnengruppe Berlin Werbefrei, zusammengewürfelt u.a. aus JuristInnen, DesignerInnen, WerberInnen, SchülerInnen, VolkswirtInnen, RentnerInnen und StudentInnen. Einer der Initiatoren der Gruppe, Fadi El-Ghazi, fasst die Problematik wie folgt zusammen: „Außenwerbung beansprucht immer mehr städtischen Raum. Die Stadt verkommt dadurch vom Lebensraum zur Ware, und das Stadtbild leidet unter der Zunahme und Digitalisierung der Werbeanlagen. Den Botschaften der Werbung

kann sich letztlich niemand entziehen – an Außenwerbung führt leider kein Weg vorbei.“ Mit einem Gesetzentwurf beantwortet Berlin Werbefrei die eingangs gestellte Forschungsfrage daher nun mit einem klaren: „Es reicht!“. Wenn die Gruppe erfolgreich ist und ein paar Hürden genommen hat, könnte es schon 2019 zu einem Volksentscheid kommen.

Das von der Initiative vorgeschlagene Gesetz sieht eine massive Reduzierung von Werbung im öffentlichen Raum vor. Kommerzielle Werbung wäre demnach, mit wenigen Ausnahmen, nur noch direkt an der Stätte der Leistung möglich und dürfte eine bestimmte Höhe – laut Gesetzentwurf zehn Meter – nicht überschreiten. Mercedes-Sterne, Allianz-Schriftzüge und sonstige Symbole privater Unternehmen, die derzeit die Skyline der Stadt in großer Höhe „branden“, müssten bei Erfolg des Gesetzes abmontiert werden. Im öffentlichen Raum dürfte nur noch Werbung

für Veranstaltungen und gemeinnützige Zwecke stattfinden – und zwar an bestimmten, dafür vorgesehenen Flächen und mit festgelegten Maximalmaßen. Darüber hinaus sieht das „Antikommodifizierungsgesetz“, kurz AntiKommG, eine Einschränkung der Möglichkeiten von Sponsoring in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Hochschulen vor. Dadurch sollen einer Einflussnahme auf Lehre und Forschung vorgebeugt und die Neutralität und Unabhängigkeit öffentlicher Institutionen gewährleistet werden. „Ziel des Gesetzes ist es, dass sowohl der öffentliche Raum als auch öffentliche Einrichtungen als Gemeingut geschützt und nicht der Kommerzialisierung preisgegeben werden“, fasst El-Ghazi zusammen.

Ein ambitioniertes Unterfangen also, das sich mit niemand geringerem als der mächtigen Werbelobby anlegt. Dass hier noch mit kräftigem Widerstand zu rechnen ist, scheint den AktivistInnen klar zu sein: „Hier geht es um Millionenumsätze, die die Werbewirtschaft jährlich mit Außenwerbung generiert. Wenn diese Profite bedroht sind, müssen wir uns natürlich auf massive Gegenkampagnen einstellen, wenn es zum Volksentscheid kommt – die Werbeindustrie hat hier den Vorteil, finanzielle Mittel und massenhaft Werbeflächen zur Verfügung zu haben, um ihre Argumente rüberzubringen. Davon lassen wir uns aber nicht abschrecken, denn wir haben die überzeugenderen Argumente“, so El-Ghazi mit einem Augenzwinkern.

Dass hier auch für das Land Berlin ein Millionengeschäft auf dem Spiel steht, zeigt die frisch eingetroffene amtliche Kostenschätzung für den Gesetzentwurf. Demnach rechnet die Senatsverwaltung damit, dass dem Land Berlin 31 Millionen Euro jährlich entgehen werden. Dies macht in etwa 0,1 Prozent des Berliner Landeshaushaltes aus. Zusätzliche Steuermittel müssen für die Umsetzung des Gesetzes wohl nicht aufgebracht werden. Hinzu kommen geschätzte 177 Millionen Euro Kosten auf Seiten der Berliner Werbewirtschaft. Bei einem Berliner Bruttoinlandsprodukt (BIP) von knapp 130 Milliarden wären dies rund 0,14 Prozent. Hier dürfte wohl jedoch größtenteils mit einer Verlagerung des Werbebudgets in den Medienbereich zu rechnen sein, weshalb diese Summe nicht

schlicht verloren ginge. Tatsächlich sind die Kosten, gemessen am Landeshaushalt und am BIP, relativ überschaubar. Jetzt gilt es, die BerlinerInnen zu überzeugen, dass die deutliche und sichtbare Aufwertung ihres öffentlichen Raumes es wert ist, auf die genannte Summe zu verzichten.

Doch wird ohne Außenwerbung nicht alles grau, trist und eintönig? „Keineswegs“, meint Sarah Mohs, ebenfalls Gründungsmitglied der Initiative. „Ich freue mich schon auf eine Stadt ohne Werbung. Ohne die nervigen, sich ständig und überall aufdrängenden Kaufaufforderungen, die häufig geschmacklosen oder herabwürdigenden Werbebotschaften... Stattdessen wäre der Blick wieder frei auf Architektur, Grünflächen oder einfach den Himmel. Und die ein oder andere triste Mauer wäre ohne Werbung eine wunderbare Fläche für Kunst.“ Kunst statt Kommerz also – dieser Forderung können sich sicherlich viele BerlinerInnen anschließen.

Sao Paulo werbefrei

Dass eine Befreiung der Stadt von Werbung kein utopisches und unrealistisches Ziel ist, zeigen Beispiele aus anderen Ländern. Die 12-Millionen-Metropole Sao Paulo in Brasilien hat sich vor etwa zehn Jahren dafür entschieden, Werbebotschaften aus dem Stadtbild zu verbannen. Nach Erlassung des Gesetzes „Saubere Stadt“ war die Stadt innerhalb weniger Monate werbefrei. Den BesucherInnen Sao Paulos fällt dies angenehm auf: Das Stadtbild ist ruhiger, geordneter, individueller – und man achtet automatisch mehr auf Architektur, Vegetation, Menschen. Auch die Paulistas selbst sind, wenn man diversen Medienberichten trauen darf, sehr zufrieden mit der Reform. Wer nach weiteren Beispielen sucht, muss gar nicht so weit gehen: Auch in Europa gibt es mit Grenoble schon eine Stadt, die entschieden hat, dass der öffentliche Raum keine Ware sein soll. Seit 2014 hat die Stadt die Verträge für Werbeflächen ersatzlos auslaufen lassen, stattdessen Bäume gepflanzt und damit gezeigt: So geht es auch.

Während die Entscheidungen zur Entkommerzialisierung in den beiden genannten Städten von den jeweiligen Stadtregierungen getroffen wurden, hat Berlin Werbefrei wohl noch einen steinigem Weg

vor sich. Nachdem der Gesetzentwurf zur amtlichen Kostenschätzung eingereicht wurde und diese nun vorliegt, muss die Initiative zunächst innerhalb von sechs Monaten 20.000 Unterschriften sammeln, um offiziell den Antrag auf ein Volksbegehren zu stellen: Sammelstart war am 16. Januar 2018. Der Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens wird anschließend auf Zulässigkeit geprüft und innerhalb von vier Monaten im Abgeordnetenhaus beraten. Wird er hier abgelehnt, kommt dann die wohl größte Hürde auf die Initiative zu: Das Sammeln von 200.000 Unterschriften innerhalb von nur vier Monaten. Daraufhin muss das Abgeordnetenhaus erneut über das Gesetz beraten, und bei wiederholter Ablehnung ist der Weg frei für den Volksentscheid. Dieser soll nach Vorstellung der Initiative bereits bei den Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2019 stattfinden.

Sollten die BerlinerInnen dann für das Gesetz stimmen, würden sie damit ein klares Zeichen dafür setzen, dass die Kommerzialisierung der Stadt kein unumkehrbares Naturgesetz ist und die BürgerInnen ihr nicht machtlos ausgesetzt sind. Und eines scheint ziemlich sicher: Wenn Berlin als erste europäische Hauptstadt der Außenwerbung eine Absage erteilt, werden andere Städte folgen.

Initiative Berlin Werbefrei
www.berlin-werbefrei.de
info@berlin-werbefrei.de, **Mitmachen:**
aktion@berlin-werbefrei.de



Fassadenwerbung im Großformat: Botschaften der Bundeswehr verwischen oftmals die Grenzen zwischen Informieren und Rekrutieren



Fotos: Annette Lübbers

Ulrike Struck zeigt ihren MitarbeiterInnen von der Lebenshilfe wie die Samenbälle mit feuchtem Lehm geformt werden

Seedballs: Handgemacht

Zusammen mit ihrer Tochter Gesine managt Ulrike Struck im ostwestfälischen Dörentrup ihre „Seedball-Manufaktur“. Kein Unternehmen, mit dem man reich werden kann. Aber eines, dass aus Ulrike Struck einen glücklichen Menschen macht.

Mit einem fast schon zärtlichen Gesichtsausdruck beugt sich Ulrike Struck über die winzigen Pflänzchen in ihrer zerbro-

chenen braunen Kugel. „Guck mal“, sagt die 61-Jährige zu ihrer Tochter Gesine: „Siehst du? Hier neben dem Salat. Das ist Kresse. Es hat funktioniert.“ Mutter und Tochter sind gleichermaßen fasziniert von ihren Experimenten in Sachen „Seedballs“. Das sind kleine Bällchen aus Lehm, Erde und Wasser. Vermischt mit etwa 50 Samenkörnern werden aus diesen natürlichen Zutaten Seedballs – Samenbälle. Für ein „Blaues Wunder“ etwa mischen Mutter und Tochter fünf Teile Erde, drei Teile Lehm, ein Teil Wasser, dazu Samen von Kornblumen, Jungfer im Grün, Natternkopf, Wiesensalbei, gefleckte Hainblume, Bienenfreund, Borretsch, blauer Lein, Buschwinde und Vergissmeinnicht. Wenn der Herrgott an einem guten Tag noch den Regen und die Sonne hinzu gibt, dann stehen die Chancen gut für das „Blaue Wunder“.

Gemeinsam mit ihrer Tochter – die 35-Jährige ist Ökotrophologin und Ernährungswissenschaftlerin – betreibt die gelernte Keramikerin Ulrike Struck im ostwestfälischen Dörentrup die „Seed-

ball-Manufaktur“. Mutter Ulrike ist für die Produktion zuständig, Tochter Gesine betreut den Internetauftritt, entwirft Verpackungsdesigns und managt den Vertrieb. Ihr Zuhause liegt in der unteren Etage eines langgestreckten roten Ziegelsteinhauses. Hier war früher die Verwaltung einer Ziegelei untergebracht. Das schöne alte Haus ist umgeben von einer wild wuchernden Grünlandschaft.

Die Idee der Seedballs geht auf Masanobu Fukuoka zurück. Der japanische Mikrobiologe und Bauer glaubte, dass die Natur an sich vollkommen sei und des Menschen Pflege überhaupt nicht bedürfe. Deshalb begründete er in seiner Heimat die „Nichts-Tun-Landwirtschaft“. Masanobu Fukuoka wollte eine naturnahe Landwirtschaft ohne große Eingriffe: keine intensive Bodennutzung, keinen künstlichen Dünger und ohne Schädlingsbekämpfungsmittel. Gesine Struck erklärt: „Er nannte das seinen Beitrag zur Wiederbelebung der Vegetation. Ich finde seinen Gedanken, dass nur vom Menschen gezüchtete Pflanzen die Hilfe des Menschen brauchen, sehr faszinie-



Blaues Wunder: Kornblumen, Wiesensalbei, Vergissmeinnicht und mehr enthalten diese Seedballs

rend.“ Vor zwei Jahren lasen Mutter und Tochter erstmals von den grünen „Bomben“ und waren sofort Feuer und Flamme. Erde, Lehm, Wasser? All das gibt es in Ostwestfalen.

Mit Saatbällen Geld verdienen

Die Tochter fand die Idee, mit Saatbällen Geld verdienen zu wollen, allerdings ziemlich gewagt. Nicht so ihre Mutter: „Ich habe schon Ende der 70er Jahre auf Märkten meine Keramik verkauft. Warum also keine Seedballs? Dazu das Internet als Marketingplattform. Ich hatte gar keine Bedenken.“ Dennoch weiß die Frau mit den grau-weißen welligen Haaren und dem strahlenden Lächeln um die Unwägbarkeiten selbstständigen Unternehmertums: „Es war für mich ja noch nie einfach, von meiner Keramik zu leben. Im Moment ist es allerdings besonders hart. Aber der Gedanke, mir ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis zu suchen, kam mir nie. Ein Leben am Schreibtisch? Niemals. Ich brauche die Erde. Ich brauche all das“, sagt sie und umfasst mit einer weiten Armbewegung die grüne „Unendlichkeit“ um sie herum. „Zu diesem Leben passten die Seedballs wunderbar dazu.“

Eine industriell anmutende Produktion ihrer Seedballs lehnen die beiden ab. Den ganzen Tag Seedballs fertigen? Das war für Ulrike Struck auch keine schöne Aussicht. Also setzte sie sich mit der Gärtnerei der Lebenshilfe-Einrichtung Begatal in Verbindung. Jetzt helfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lebenshilfe bei der Produktion. Gerade mischt Gesine Struck den Nachschub: fünf Teile Erde und drei Teile Lehm in einer handelsüblichen Teigmischmaschine. Dazu kommen Wasser und etwa 50 Saatkörner. Eine zweite Maschine formt aus dem „Teig“ kleine Würste, die dann von Hand eingekerbt und portioniert werden. Ulrike Struck sprüht die „Würstchen“ mit Wasser ein. Gebannt beobachten ihre vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie sie aus einer Portion „Teig“ eine kleine Kugel zusammenrollt. „Jetzt sind sie feucht genug“, sagt sie und steckt das kleine Bällchen in einen Eierkarton. Am Abend eines jeden Tages müssen die kleinen Kugeln in einer selbstgebauten Maschine mit einge-

bautem Ventilator getrocknet werden. „Wenn die Kugeln feucht bleiben, dann keimen sie zu schnell. Und das sollen sie ja erst in der Erde tun“, erklärt Ulrike Struck.

Was aus einem Seedball entsteht, das können auch die beiden Strucks nicht vorhersehen. Das bleibt zu hundert Prozent der Natur überlassen. „Alle Samen keimen natürlich nicht. Selbst im kleinen Universum eines Seedballs herrscht das Gesetz des Stärkeren“, sagt Ulrike Struck. Die beiden verwenden nur hochwertiges Saatgut, das nicht gehätschelt werden muss. „Gezüchtete Rosen? Das wollen wir nicht. Die müssen, wenn sie etwas werden sollen, ja richtig gepampert werden“, erzählt die „grüne Autodidaktin“. Durch die Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe-Gärtnerei können die Strucks 1.000, maximal 2.000 Seedballs am Tag fertigen und trocknen. „Wir machen das aber nicht, weil wir so wahnsinnige Gutmenschen sind. Die Arbeit ist schon sehr eintönig. Aber die Lebenshilfe sucht immer nach sinnvollen Beschäftigungen für die Frauen und Männer hier. Und die Seedballs sind als Arbeit allemal schöner, als stundenlang Schrauben einzutüten.“

Ulrike Struck weiß wovon sie redet: Zusammen mit ihrer Tochter – und ihrem Sohn, der „Ecologic forest management“ studiert, hat sie schon einmal zehn Stunden am Stück Seedballs eingetütet. Solche Jobs fallen an, wenn Privatleute keine

kleinen Mengen, sondern Unternehmen große Mengen bestellen – als lagerfähige Werbegeschenke zum Beispiel.

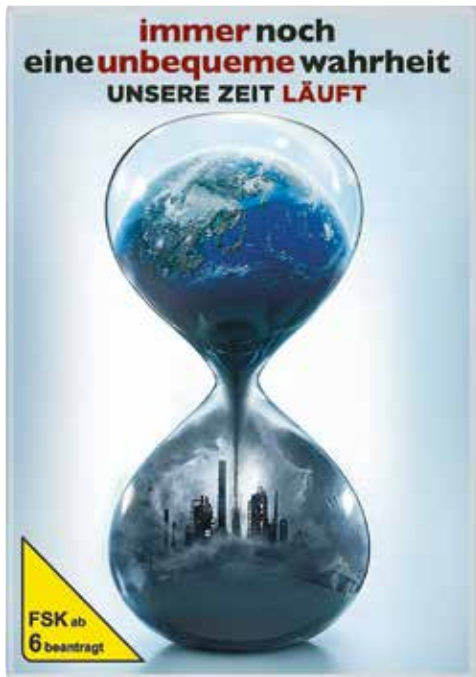
Kann man vom Projekt „grüne Bomben“ eigentlich leben? Ulrike Struck lacht: „Das kommt natürlich darauf an, wie man sein Leben eingerichtet hat. Ich besitze meinen Teil des Hauses, ein klein wenig Miete kommt herein, meine Keramik und die Seedballs. Ich brauche nicht so viel zum Leben und auch nicht das Gefühl, auf Dauer versorgt zu sein“, sagt sie und fügt an. „Ich bin vollkommen zufrieden in meinem grünen Reich. Es ist doch ein Glück, mit dem auszukommen, was man hat. Ich habe immer viel gearbeitet – und die Arbeit nie als solche empfunden. Wer kann das schon von sich sagen?“ Ulrike Strucks Blick wandert über das Grün, das sie umgibt. Und dann sagt sie: „Mir läuft jeden Tag neu das Herz über, wenn ich all das hier sehe und bestaune. Ich bin zwar kein kirchengläubiger Mensch, aber die Natur, die lässt mich glauben. Der Winter ist für mich fast nicht erträglich. Eine Zeit, um zu sterben.“

Annette Lübbers, Kontakt: annette@luebbers-journalistin.de

*Kontakt: Die Seedball-Manufaktur
Bärenort 1, 32694 Dörentrup
Tel.: 05265 95596-27, Fax: -26
E-Mail: kontakt@seedball-manufaktur.de*



Naturnahe Landwirtschaft: Mutter und Tochter der Seedball-Manufaktur in Dörentrup, Ostwestfalen



Der Film: „Immer noch eine unbequeme Wahrheit – unsere Zeit läuft“ von 2017 jetzt auf DVD, BluRay und als Download

Laufzeit: ca. 134 Min., EAN: 50530-8313855-4

Bonusmaterial: Den Wandel bewirken – Ein Dialog mit den Mächtigen

OneRepublic – Truth to Power (Songtext Video)

Die Wahrheit in 10 Minuten



Gewinnspiel!

Zum DVD-Start des Al Gore Films „Immer noch eine unbequeme Wahrheit: Unsere Zeit läuft“ verlost das ROBIN WOOD-Magazin drei DVDs. Als Trostpreise verlosen wir drei weitere DVDs des ersten Films: Eine unbequeme Wahrheit. Beantworten Sie uns dazu einfach die folgende Frage: **Welches Land richtet die nächste weltweite Klimakonferenz aus?**

Schicken Sie uns Ihre Antwort bitte möglichst bald als E-Mail: magazin@robinwood.de oder auf einer Postkarte an: ROBIN WOOD, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg. Viel Glück und viel Spaß beim Filmschauen!

Neu auf DVD:

Immer noch eine unbequeme Wahrheit: Unsere Zeit läuft

Er weiß sich zu inszenieren – der amerikanische Politiker, Unternehmer und Umweltschützer Al Gore. Das hat er nicht nur im US-Präsidentenwahlkampf 2000 bewiesen, sondern auch in einem Dokumentarfilm von Davis Guggenheim, der 2006 in die Kinos kam und weltweit Aufsehen erregte: „Eine unbequeme Wahrheit“ rüttelte auf. Im Zentrum des Films: Al Gore, der mit einem multimedialen Vortrag durch das Land tingelte, um die Menschen davon zu überzeugen, dass es den Klimawandel gibt und dass es höchste Zeit ist, etwas dagegen zu unternehmen. Dank seines Charismas und Witzes (und mit Hilfe dramatischer Bilder) gelang es Gore, Statistiken, Tabellen und Zahlenreihen zum Leben zu erwecken und ins Herz der Zuschauer*innen zu treffen.

Was hat sich seitdem getan? Al Gore ist etwas dicker und grauer geworden, wie er selbst scherzt: Lesen Sie dazu auch das Interview mit Al Gore im ROBIN WOOD-Magazin 135/4.2017. Aber die Probleme, die der menschengemachte Klimawandel verursacht, sind keineswegs geringer. Immerhin: dass es einen Klimawandel gibt, wird nur noch von einer verschwindend kleinen Minderheit bezweifelt. Wer die Nachrichten verfolgt, der weiß, dass in den letzten Wochen und Monaten kaum ein Tag vergangen ist, an dem nicht über extreme Wetterlagen, Überschwemmungen, Wirbelstürme, Waldbrände und ähnliches berichtet wurde. Sind das unleugbar die Folgen des Klimawandels? Wie ist der Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse und wie reagiert die internationale Klimapolitik darauf, gibt es Fortschritte?

Gut zehn Jahre nach „Eine unbequeme Wahrheit“ ist es also höchste Zeit für eine Zwischenbilanz. Nicht nur der Titel „Immer noch eine unbequeme Wahrheit: Unsere Zeit läuft“ knüpft an den Film von 2006 an. Erneut bilden Vorträge und Trainings, die Al Gore durchführt, den Ausgangspunkt von reportageähnlichen Filmsequenzen, die ihn um den halben Erdball führen: In die Arktis zum schmelzenden Eispanzer, auf die überschwemmten Straßen Miamis, in eine von einem Taifun zerstörte Stadt auf den Philippinen oder auch in das „100% renewable“ Georgetown in Texas. Spektakuläre Naturaufnahmen und Interviewsequenzen ergänzen die weltweiten Erkundungen.

Die Fortsetzung „Immer noch eine unbequeme Wahrheit: Unsere Zeit läuft“ konzentriert sich dabei auf die Folgen des Klimawandels, stellt Strategien zur Anpassung daran vor, diskutiert Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen und stellt die Frage, wie eine gerechtere Lastenverteilung zwischen armen und reichen Ländern aussehen könnte. Der Film bietet darüber hinaus interessante Einblicke in (internationale) politische Prozesse, z.B. auf dem Klimagipfel in Paris 2015. Dabei geht er auch auf jüngste Entwicklungen in den USA ein. Dass es auch hierzulande immer noch viel zu viele politische Kräfte gibt, die entgegen aller Vernunft auf fossile Energieträger setzen, konnte Al Gore nicht ahnen. Nicht nur rückwärtsgewandten Politiker*innen sei dieser Film dringend empfohlen, sondern allen, denen die Zukunft unseres Planeten nicht egal ist.

Sabine Genz, Berlin

Auch für die Auseinandersetzung mit dem Thema Klimawandel im Unterricht ist der Film sehr geeignet. Im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2016*2017 Meere und Ozeane ist barrierefreies Schulmaterial erschienen:

www.visionkino.de/wissenschaftsjahr/201617-meere-und-ozeane

Basteln mit der Natur

Das Buch von Doris Fischer besticht durch seine wunderbare Aufmachung, die ansprechenden Fotos und fantasievollen Ideen, mit Pflanzen aus unserer Umgebung zu werken. Es fehlt dabei aber auch nicht der wichtige Hinweis, dass die Autorin nur die Pflanzenteile aus der Natur entnimmt, die nachwachsen und geschützten Artbestand nicht gefährden. Sehr lebendig sind die Hinweise, wie früher diese unterschiedlichen Pflanzenteile für den täglichen Gebrauch genutzt wurden.

Als Rohstofflieferanten beschreibt sie 17 Bäume und Sträucher, dazu noch verschiedene Gräser und Kräuter. Jeder Pflanze ist ein Kapitel mit Fotos gewidmet, in dem sie vorgestellt und ihre Einzigartigkeit beschrieben wird. Dann folgen Ideen, wie mit Pflanzenteilen Dinge für den täglichen Gebrauch, Schmuck oder Tierskulpturen hergestellt werden können. Die Autorin erläutert, zu welcher Jahreszeit sie bearbeitet werden sollten (ganz wichtig) und wie es am besten geht. Hierbei könnten mehr Abbildungen helfen, in welchen Schritten der Arbeitsvorgang erfolgt. Hilfreich wäre auch eine Angabe, welche Hilfsmittel nötig sind, die Bastellideen umzusetzen.

Nicht ganz eindeutig ist die Klientel, an die das Buch gerichtet ist. Die Fotos zeigen häufig Kinder, die ein Bastelergebnis vorstellen, die Anleitung ist aber eher für Erwachsene verständlich. Gemeinsam bastelnde Familien sind wohl am besten hierfür ansprechbar. Es ist ein Anleitungsbuch, in das ich immer mal gern schaue, um Anregungen zu finden, was Kinder anspricht und eine innere Verbindung zur uns umgebenden Pflanzenwelt schaffen könnte.

Annegret Reinecke, Bremen



Doris Fischer
Flechten, Färben, Schnitzen
 atVERLAG 2017
 ISBN: 978-3-03800-955-9
 Gebunden, 19,2 cm x 24,5 cm
 256 Seiten, 25 Euro

Bilderreise zu den Urwäldern am Edersee

Bizarre Trauben-Eichenwälder, die Bäume kaum höher als fünf Meter und mindestens 400 Jahre alt. An den Nordhängen des Edersees haben sich solche und andere urwüchsiges Laubwaldgesellschaften gänzlich oder zumindest über längere Zeiträume ungenutzt entwickeln können. Einige waren unzugänglich, weil zu steil, andere zu unproduktiv, weil zu trocken und heiß. Ein weiterer Grund: Das Edertal war über viele Jahrhunderte stark umkämpftes Grenzgebiet zwischen den Sachsen und den Franken. Deswegen gab es dort zwar viele Burgen, aber kaum größere Ansiedlungen. Und seit die Eder vor etwas über 100 Jahren zum Edersee aufgestaut wurde, waren diese Hangwälder dann auch von der Talseite aus nicht mehr zugänglich.

Beide Autoren sind beruflich im nahegelegenen Korbach beheimatet. Ralf Kubosch ist Biologe. Durch seine langjährige Arbeit für den Naturschutz ist er auch zum meisterlichen Fotografen geworden. Aufmerksame Leser*innen des ROBIN WOOD-Magazins kennen seine Bilder aus den alljährlichen Beiträgen zum Baum des Jahres. Die Natur der Edersee Region ist ihm seit 30 Jahren vertraut. Die im Mittelpunkt dieses Bildbandes stehenden nördlichen Edersee-Steilhänge kennt er wie kein anderer durch seine gutachterlichen Erkundungen dieses Natura 2000-Schutzgebietes. Mehr als 220 Fotos ist seine Bilderreise lang.

Norbert Panek ist bekannt für sein jahrzehntelanges Engagement für den Schutz von Buchenwäldern und erfolgreicher Kämpfer für den Nationalpark Kellerwald-Edersee. Er hat die einführenden Texte zu den einzelnen Abschnitten verfasst. Obwohl der Name anderes vermuten lässt: Tatsächlich sind die meisten und wertvollsten der in diesem Bildband gezeigten urwaldartigen Bestände an den Steilhängen des Edersees gar nicht Teil des Nationalparks Kellerwald-Edersee. Sie blieben damals – 2004 – bei der Ausweisung des Nationalparks unverständlicherweise außen vor und sind bis heute ohne ausreichenden Schutz geblieben. Dies zu ändern – auch dazu soll dieser Bildband beitragen. Noch ein kleiner, aber interessanter Nebenaspekt: Der Bildband wurde auf Recyclingpapier gedruckt – es geht also!

Rudolf Fenner, Hamburg



Ralf Kubosch & Norbert Panek
Verborgene Urwälder am Edersee – Eine Bilderreise
 Ambaum-Verlag, Vöhl-Basdorf, 2017
 154 Seiten, 37,90 €
 ISBN 978-3-940616-23-4
 Direkt zu bestellen beim Verlag:
 info@ambaum-verlag.de



„Umwelt und Nachhaltigkeit sind mir wichtig“

Ich bin Stina Harbeck und mache seit August 2017 mein Freiwilliges Ökologisches Jahr bei ROBIN WOOD in der Geschäftsstelle. Ich kenne ROBIN WOOD seit meiner Grundschulzeit, zuerst durch die Recyclingpapierhefte und später dann durch verschiedene Aktionen. Nach meinem Abi wollte ich unbedingt ein FÖJ machen, um mich aktiv für die Umwelt einzusetzen und selbst etwas zu bewirken, da mir Themen wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit sehr wichtig sind. Außerdem möchte ich das Jahr gerne als Orientierungshilfe für mich selbst nutzen und Einblicke in die Arbeit einer Umweltschutzorganisation gewinnen.

Ich habe in meiner bisherigen FÖJ-Zeit schon eine Menge erlebt und viele verschiedene Dinge gemacht. Eine meiner Hauptaufgaben ist die Betreuung des Onlineshops, das heißt, ich bearbeite und verschicke die Bestellungen. Besonders in der Zeit vor Weihnachten gingen sehr viele Bestellungen ein, und da es darüber hinaus auch schon

öfter Masseneintütaktionen von z.B. Briefen oder Kalendern gab, bin ich inzwischen quasi eine Expertin in Sachen Paket- und Briefversand. Doch natürlich gehören zu meinem FÖJ noch weitaus mehr Dinge als Pakete zu packen. Ich bin zum Beispiel auch für allgemeine Anfragen zuständig, die über die E-Mail-Adresse info@robinwood.de kommen, arbeite viel mit unserem Mitgliedersystem und habe auch schon einige Facebookposts verfasst. Außerdem habe ich bei der Vorauswahl der Fotos für den Aktionsfotokalender mitgeholfen, was für mich sehr interessant war, da ich dadurch einen Einblick in die Aktionen des vergangenen Jahres gewinnen konnte. Es fallen immer wieder neue Aufgaben an, so dass der Büroalltag sehr abwechslungsreich ist. Doch auch außerhalb des Büros konnte ich schon verschiedenes erleben. Beispielsweise habe ich unseren Waldreferenten Jannis Pfendtner bei einem Workshop in einer Schule zum Thema Wald und Papier begleitet und war bei einer Führung einer Schulklasse im

Jugendliche im Alter von 16 bis 27 Jahren können nach ihrer Schulzeit oder erster Ausbildung ein freiwilliges ökologisches Jahr (FÖJ) absolvieren. FÖJ-TeilnehmerInnen bekommen für ihre Arbeit ein Taschengeld und können sich ihre freiwillige Tätigkeit bei einem späteren Studium als Wartesemester anrechnen lassen. Die Länder und einzelne Träger, wie gemeinnützige Jugendorganisationen oder Umweltschutzverbände, führen das FÖJ durch und unterstützen es finanziell. Die Arbeitsbereiche und Tätigkeiten erstrecken sich von praktischem Naturschutz über Umweltbildung bis hin zur Umweltforschung.

Sachsenwald dabei, was beides für mich sehr interessant war. Des Weiteren habe ich schon zweimal an einem Aktionsvideoworkshop teilgenommen, bei dem wir gelernt haben, wie man am besten eine Aktion filmt und was man dabei beachten muss. Auch eine Einführung in ein Schnittprogramm war Teil des Workshops. Außerdem nehme ich an den Treffen der Regionalgruppe Hamburg-Lüneburg teil, die alle zwei Wochen stattfinden. Somit war ich auch schon über mein FÖJ hinaus bei ROBIN WOOD aktiv. Zum Beispiel habe ich mit anderen Aktiven zusammen einen Infostand zum geplanten Kohlekraftwerk in Stade auf dem Schanzenflohmmarkt betreut, bei dem ich viel Inhaltliches gelernt habe, und ich war bei einer Banneraktion bei einer Infoveranstaltung zur geplanten A26 dabei. Bei den Aktionen mitzuwirken und selbst aktiv etwas zu machen, war eine spannende neue Erfahrung für mich. Dadurch konnte ich gut Einblicke in die Arbeit der Aktiven bei ROBIN WOOD gewinnen.

Ich freue mich darauf, in den weiteren Monaten noch viele andere interessante Dinge erleben und weitere schöne Erfahrungen sammeln zu können.

Stina Harbeck macht 2017/18 ihr FÖJ bei ROBIN WOOD in der Hamburger Geschäftsstelle: 040 380892-20

Hamburg, 28.10.17: Der Chemiekonzern The DOW Chemical Company unterhält in Stade einen seiner größten Industriestandorte und plant, dort ein Kohlekraftwerk für die eigene Energieversorgung zu bauen. Das Kohlekraftwerk wird jährlich bis zu 5,6 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen und besonders die gegenüberliegende Elbseite mit erhöhten Schadstoffeinträgen belasten. Außerdem stellt die Verschmutzung der Elbe durch Quecksilber eine große Gefahr dar. Um auf den Bau des Kohlekraftwerks aufmerksam zu machen, waren ROBIN WOOD-Aktive mit einem Infostand auf dem Schanzenflohmmarkt. Neben selbst gestalteten Flyern mit allen wichtigen Infos zum geplanten Kohlekraftwerk in Stade, hatten wir Infomaterial zum Thema Kohlekraft und allgemein zur Arbeit von ROBIN WOOD dabei. Nachdem der Flohmarkt zu Beginn nur relativ gering besucht war, kamen im Laufe des Tages immer mehr interessierte Flohmarktbesucher*innen zum Stand. Viele zeigten sich entsetzt über den geplanten Bau des Kohlekraftwerks und informierten sich ausführlich über die brisante Thematik. Wegen des schlechten Wetters war der Flohmarkt leider nicht so stark besucht wie erwartet, nichtsdestotrotz entwickelten sich einige sehr interessante Gespräche, *Stina Harbeck (rechts im Bild)*



Wegwerfbecher? Ich bin doch ganz dicht!

Für ca. 10 Milliarden Wegwerfbecher aus Papier und Plastik werden in Deutschland Ressourcen verbraucht und Wälder abgeholzt. Aufeinandergestapelt reicht der jährliche Becherverbrauch zweieinhalbmal bis zum Mond. Sie werden aus Primärfasern, also aus Holz, hergestellt und nicht wieder recycelt. Nur wenige Minuten Nutzung, dann landen sie im Müll und schließlich in der Verbrennung.

Doch: Der Wald steht weltweit unter Druck, daher müssen wir den Holz- und Papierverbrauch massiv senken. Das Papier für die Wegwerfbecher kommt aus Holzplantagen in Südamerika, die Menschen und Umwelt oft großes Leid zufügen, oder aus den langsam wachsenden Wäldern des borealen Nordens. Das heißt wir haben unnötige Becher, die im Schnitt nur 15 Minuten in Benutzung sind, die frisches Papier brauchen, anschließend aber nicht weiterverwertet werden können und oft aus unsicheren Quellen und Raubbau an der Natur stammen! Wegwerfbecher stoppen jetzt!

Die Alternative ist einfach: Mehrwegbecher in einem Pfandsystem. Mitnehmen, trinken, überall wieder abgeben. Doch dafür braucht es Druck von unten. Und dafür machen wir unsere Kampagne „Waldschutz statt Wegwerfbecher“. Einige Konzerne und Bäckereiketten haben eingelenkt und bieten Alternativen zu Wegwerfbechern oder Rabatt auf mitgebrachte Becher an, auch in der Politik ist das Thema angekommen. Doch es zeigt sich, dass nur Druck aus der Bevölkerung wirklich Veränderung anbahnen kann: Es ist noch mehr als ein weiter Weg bis zur Lösung des Wegwerfbecherproblems. Wir bleiben dran!

Mit unserem neuen „Rächer-Becher“ aus Edelstahl kannst du nicht nur ein Zeichen gegen Ressourcenverschwendung und für Waldschutz setzen, du kannst damit auch Kaffee, Tee, Glühwein schwappfrei durch die Gegend transportieren. Und du bekommst zu jedem Becher den Flyer „Wegwerfbecher stoppen“ und den Aufkleber „Tschüss Wegwerfbecher“ kostenlos dazu! Er ist innen und außen aus Edelstahl, in frischem grün lackiert mit Gravur „ROBIN WOOD – Rächer der Becher!“ und fasst 350 Milliliter. Bestellen kannst du ihn für 12 Euro hier: www.robinwood-shop.de/specials.



Ein neuer Gewässerflyer für Bremen

Druckfrisch liegt ein achtseitiger Flyer über die unterschiedlichen Gewässer im Bremer Stadtteil Hemelingen vor. Vor allem geht es darin um die Mittelweser. Sie kommt in Bremen an und muss in vielen Bereichen Steinschüttungen aushalten. Aber es entstehen auch peu à peu renaturierte Uferabschnitte, selbst ein kleiner Strand entwickelt sich, Fleete und Seen kommen dazu: Insgesamt

also eine sehr vielfältige Gewässerlandschaft mitten in Bremen, in der sich viel verändert. Diesen und weitere Stadtteil-Flyer zu Bremer Gewässern gibt es hier:

ROBIN WOOD e.V., Annegret Reinecke, Zum Bruch 1, 27412 Bülstedt, annegret.reinecke@robinwood.de, 04283 60822778

ROBIN WOOD



Ein großer Hängebaum über dem See erzeugt einen idyllischen Anblick.

färben das Wasser braun und erlauben nur eine Sichttiefe von einem Meter. Unten ihrer 0,3 Hektar großen Oberfläche fällt der Grund bis zu 6,5 Meter Tiefe ab. Das Seewasser hat Kontakt mit dem Grundwasser. Ausgeprägte Wasser-Lebensräume für Flora und Fauna fehlen.

Früher traten in der Rottkuhle häufiger große Mengen von „Blaualgen“ auf, die meist eine Schicht an der Wasseroberfläche bilden. Diese Bakterien – es sind keine Algen – sind gesundheitsgefährdend. Bei ihrem Auftreten sollte der Badespaß bis zum eindeutigen Verschwinden dieser blau-grünen Schicht eingestellt werden. Vor etwas mehr als 10 Jahren wurde das Wasser der Rottkuhle mittels einer Bereisung über eine Bodenfilteranlage gereinigt. Seitdem gab es keine Blaualgenarmutungen mehr. (Aktuelle Infos gibt's unter: http://www.baumwelt.bremen.de/umwelt/wasser/baden_in_bremen-23513)

Besonderes: Die Rottkuhle ist ein Badesee mit familiärem Flair.



Ein breiter Fleetabschnitt am Koppelweg südlich der Autobahn 1 ist sehr flach und bietet Wasservögeln gute Gelegenheiten zum Grädeln.

In Hemelingen gibt es als Fleete beispielsweise südlich der Ludwig-Roselius-Allee das Heufldfiet oder den Neuen Heu-

marschengraben im ersten Baukomplex des Gewerbeparks Hansalinie. Zu dem Entwässerungskonzept gehören auch Aufwühlungen im Gewässer, beispielsweise am Mahndorfer Bruchgraben in Osterholz/Mahndorf im Winkel zwischen der Bahnlinie Kirchweyhe/Sagehorn und der Bundesautobahn 27. Das Funktionieren des gesamten Entwässerungssystems ist wichtig, damit Bremen nicht „überläuft“ wenn es starke Regenfälle gibt. Die mit dem Klimawandel zu erwartenden Witterungsverhältnisse machen das Problem nicht kleiner: Wahrscheinlichkeiten von Starkereignissen vor allem im Sommerhalbjahr steigen. Fleete müssen beim Auffangen dieser Wassermengen mithelfen.

Ein Fleet „in Bewegung“ ist der **Arberger Kanal**. Das sich lang hinziehende künstlich angelegte Fleet durchzog und entwässerte früher nahezu das insgesamt als Acker- oder Grünland genutzte Gebiet zwischen der östlichen Landesgrenze und dem Schluensee (Krupp-Atlas-See). Mit den umfangreichen Baustufen des Gewerbeparks Hansalinie musste dieses Fleet erhebliche Veränderungen in seinem Verlauf und seiner Größe hinnehmen, da es nun das Niederschlagswasser der versiegelten Flächen im Gewerbegebiet auffangen muss.

Der Arberger Kanal verläuft nach Abschluss der Bauarbeiten auf Höhe der Olfenstraße nach Süden, dann am südlichen Rand des Gewerbegebietes bis zum Koppelweg und begleitet diesen bis zum Bahndurchlass. Für solche Eingriffe und insbesondere für Lebensraumverluste durch Flächenversiegelung muss offiziell ein Ausgleich geschaffen werden. Teil dieses Ausgleichs ist die naturnahe Gestaltung des an den Rand des Gewerbegebietes verlegten Kanals mit unterschiedlichen Uferneigungen und Gewässersohlbreiten, Buchten und Zonen mit flachem Wasser. Außerordentlich entstand ein Mosaik aus an die Weser angeschlossenen Kleingewässern mit sehr unterschiedlichen Uferstrukturen. Damit der Kanal sein Wasser in die Mittelweser entwässern kann, muss das Wasser um etwa 1,2 Meter hochgepumpt werden, da die Mittelweser auf 4,5 Meter aufgestaut ist.

Besonderes: An den Fleeten in Hemelingen spazieren zu gehen kann sehr entspannend!

Anreise zum Arberger Kanal: Er ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln schlecht zu erreichen, besser ist es, das Fahrrad mitzunehmen und dort im ländlich geprägten Teil zu radeln: Mit der Regionalbahn RS 1 Richtung „Verden“ bis Bahnhof „Mahndorf“, über die Mahndorfer und Arberger Heerstraße bis zur Dreieckstraße, die gleich vom Schulzentrum in den Koppelweg übergeht. Er begleitet den Arberger Kanal bis zur Bahnhüterführung und lässt dort einen Blick auf den renaturierten Bereich zu.

Hemelingen und seine wunderbaren Gewässer



Das wichtigste Gewässer in Hemelingen ist zweifellos die Mittelweser. Mit dem Weserwehr endet sie und überlässt ihr Wasser der zeitweilen beeinflussten Unterweser. Etwas ganz Besonderes sind die in der Mittelweser entstandene Naturräume und Nebengewässer. Die Bremer Seenlandschaft wird in Hemelingen durch die beiden Badesee Mahndorfer See und Rottkuhle bereichert. Und es gibt noch mehr Wasser in Hemelingen: Immer wieder trifft man auf Fleete wie den Arberger Kanal. Sie übernehmen zusammen eine wichtige Funktion bei der Entwässerung des Stadtteils.

Dieses Fallblatt stellt Ihnen die Gewässer in Hemelingen vor: wie sie entstanden sind, was sie besonders macht, wie Sie sie erreichen können und ob die Natur dort etwas Außergewöhnliches bietet, was ihren Schutz benötigt.

>>> Unterwegs im Stadtteil >>>



Bahnen im Sturm: Nichts geht mehr!

Seit fast 25 Jahren pendle ich mit Fahrrad und Bahn etwa 45 Kilometer zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Ich habe in der Zeit schon einige schwere Stürme erlebt, die sich über Tage ausgelebt haben. **Es gab aber noch nie drei Tage Totalausfall des Bahnverkehrs nach einem Sturm, der kaum drei Stunden gedauert hat.** Da es der zweite Sturm der Saison war, hatte ich keine ernsthaften Schäden mehr erwartet in der Annahme, dass der erste Sturm alle geschwächten Äste und Bäume schon gerissen hätte. Vielleicht hatte der erste Sturm einige Bäume nur gelockert, außerdem war der Boden viel stärker aufgeweicht, **aber die Dauer der Vollsperrung lässt doch sehr am Krisenmanagement der Deutschen Bahn zweifeln.**

Nach dem ersten Sturm im September, der sich ebenfalls nur in der Mittagszeit auslebte, musste ich abends knapp zwei Stunden am Bahnhof warten, bis ich in einen Schienenersatzbus (SEV) steigen

konnte. „Xavier“ erschien mir eher kürzer und weniger heftig. Kurz nach 20 Uhr bot sich am Bahnhof das gleiche Bild wie beim ersten Sturm: Auf der großen Anzeige in der Bahnhofshalle stand, dass der Bahnverkehr witterungsbedingt eingestellt sei. **Vor dem „Service Point“ der DB wartete eine riesige Menschentraube.** Die meisten vertrieben sich die Wartezeit mit Smartphones, bekamen damit aber offensichtlich auch nicht die gewünschten Informationen. Hätte die DB auf dem Display wenigstens angezeigt, wo die Schienenersatzbusse abfahren, wäre die Warteschlange sicher auf einen Bruchteil geschrumpft. Warum das auch beim zweiten Sturm noch nicht gemacht wurde, ist mir völlig unverständlich.

Am SEV-Bussteig standen drei Mitarbeiter*innen der Nordwestbahn (NWB) umringt von weit über 100 Reisenden, denen sie nur erzählen konnten, dass SEV-Busse unterwegs seien, sie aber nicht wüssten, wann sie ankommen.

Vor 20 Jahren hätte ich das noch gelten lassen, aber nicht heutzutage, wo fast Jede*r ein Smartphone nutzt: Selbst wenn die Busfahrer*innen nicht während der Fahrt telefonieren können, sollte eine gelegentliche Rückmeldung doch möglich sein!

Am nächsten Tag gab es im Internet immer noch keinen Hinweis, wie lange die Streckensperrung dauern soll, also rief ich beim „Service-Telefon“ der NWB an. Auch dort gab es zu den Abfahrtszeiten des SEV keinerlei Hinweise.

Mir erscheint das grotesk, absurd und fast schon wieder komisch in einem hoch technisierten Industrieland, **aber es ist wohl die Kehrseite der auf den Individualverkehr fixierten Verkehrspolitik: Die Straßen bis hin zu Nebenstrecken waren in wenigen Stunden wieder frei gesägt.** Wegen der schwierigeren Zugänglichkeit und der Oberleitungen ist das bei der Bahn natürlich komplizierter. Das Problem erledigt sich aber, wenn letztere

bei Vollsperrung abgeschaltet werden. Da das Notfallpersonal im Zuge der Privatisierung größtenteils abgebaut wurde, wird ein kleines Sturmtief heutzutage zur Katastrophe.

Nach einer knappen Stunde Wartezeit auf dem zugigen Bahnhofsvorplatz war mir schon ziemlich kalt. Als dann endlich ein Bus kam und absehbar war, dass nur etwa die Hälfte der Wartenden einen Platz bekommen würde, hatte ich die Nase voll. Der Sturm war ja längst vorbei, der Himmel aufgerissen und so entschloss ich mich, es mit dem Fahrrad zu versuchen. Im Stadtgebiet musste ich zwar einen umgestürzten Baum umfahren, aber weiter draußen sah ich kaum Sturmschäden. **Leider blieb mir der anfängliche Rückenwind nicht lange treu, trotzdem war ich nach zweieinhalb Stunden etwas nass und geschafft zu Hause.** Diejenigen, die mit dem SEV gefahren waren, kamen eineinhalb Stunden später an! Der weitaus größte Teil der Pendler*innen hatte sich abholen lassen oder fuhr mit Taxen.

Ich werde den Verdacht nicht los, dass das billigend in Kauf genommen oder klammheimlich einkalkuliert wird. Für ein modernes Industrieland ist das ein Armutszeugnis und nicht tolerierbar. **Ein derart schlechtes Krisenmanagement vergraut ÖPV-Kunden, statt neue zu gewinnen, denn wenn man doch ein Auto in Reserve haben muss, um zuverlässig zur Arbeit zu kommen, ist die Versuchung groß grundsätzlich damit zu fahren.**

Meine Sturmerfahrungen formulierte ich in einem offenen Brief, den ich an die lokale Presse, einige Lokalpolitiker*innen, die Nordwestbahn und die Deutsche Bahn verschickte. Rückmeldungen bekam ich vom Osterholzer Kreisblatt, vom Landrat, vom MdB Andreas Matfeld, der versprach, meine Schreiben direkt an den Bahnvorstand weiter zu leiten und nach einiger Zeit auch von der Deutschen Bahn. Die bestand aber hauptsächlich aus Allgemeinplätzen und ging nicht auf meine konkreten Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge ein.

Am Sonntagmittag fuhr ich übrigens bei schönstem Wetter mit Rückenwind wie-

der mit dem Rad in die Stadt, was richtig Spaß machte. Den abendlichen Rückweg konnte ich dann endlich wieder mit dem Zug zurücklegen.

Mein Fazit ist, dass nicht nur die Fahrpläne dichter und besser getaktet, sondern auch die Unwettervor- und nachsorge sehr viel besser werden müssen, um mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Das wird jedoch kein gewinnorientierter Betreiber tun. Es ist klassische Daseinsvorsorge und damit Aufgabe des Staates, er muss dafür Geld in die Hand nehmen. Aber vorher muss er endlich und endgültig Schluss machen mit der Privatisierung, damit nicht noch mehr Geld in private Hände fließt!

Werner Behrendt

Ohne Auto leben?

Zum Leserbrief von Alfred Gehring im Magazin 134/3.2017

Ich mag es schon nicht mehr hören. In der Großstadt ist das Rad ein geeignetes Verkehrsmittel, in kleinen Gemeinden nicht. Ich wohne in einem Ortsteil einer Kleinstadt (70.000 Einwohner), bin aber in einem Dorf von 700 Einwohnern aufgewachsen und komme dort auch noch regelmäßig hin. Zum Einkaufen fahren wir auch in einer Kleinstadt zwischen drei und fünf Kilometer mit dem Rad.

Ich arbeite drei Tage pro Woche und habe einen Arbeitsweg von etwa 17 Kilometern, den ich immer mit dem Fahrrad zurücklege. Gut, könnte man sagen, ich bin auch keine 58 Jahre, nein, ich bin 59. Und ich gedenke es mit 60 Jahren auch noch zu tun.

Während der Fahrt komme ich durch zwei Dörfer. Dort kann ich regelmäßig beobachten, dass der Verkehr überwiegend hausgemacht ist: Es wird 800 Meter zum Bäcker gefahren, das Kind 500 Meter zur Bushaltestelle, mit dem Kleinkind einen Kilometer zum Kinder-spielplatz, 1200 Meter zum Hausarzt, und alles mit dem Auto.

Selbst wenn die Lebensmittelgeschäfte nicht im Wohnort sind, in der Regel gibt es ein Geschäft im fünf Kilometer Radius. Das sind alles fahrradtaugliche Entfernungen. **Auch in Städten und Groß-**

städten muss man teilweise beträchtliche Entfernungen zurücklegen. Aber zwei Kilometer auf einer Landstraße kommen einem wesentlich länger vor als zwei in einer Stadt. Und der ÖPNV hat sich seit 50 Jahren, als ich noch Kind war, wesentlich verbessert. Also, wenn man will, kann man auch im überwiegend ländlichen Teil auf das Auto zum großen Teil verzichten.

Klar, zum Kino- oder Konzertbesuch wird es ohne Auto nicht gehen, da der ÖPNV meist nicht so lange fährt. Das ist meiner Ansicht nach auch nicht das Problem. **Aber wir Deutschen haben uns mittlerweile so an das Auto gewöhnt, dass jede Ortsveränderung damit gemacht wird. Und das ist das Problem.**

Und dann kommt noch das Argument, dass ältere Menschen noch mobil bleiben möchten, dass das Auto ein Stück Lebensqualität ist. Das Gegenteil ist der Fall. Man wird immer immobil. Man fährt nur noch dorthin, wo man mit dem Auto hin kann. Gerade die schönen Gegenden der Welt wird man mit dem Auto nicht erkunden können. Und Lebensqualität ist doch nicht, wenn ich mit dem Auto zum Cafe fahren kann, um dort eine Schwarzwälderkirsch zu essen, dabei noch ein schlechtes Gewissen habe, weil damit die Fettpölsterchen nicht weggehen. Lebensqualität ist doch, wenn man mit 80 Jahren noch eine Rad-tour, eine kleine Bergtour, etc. machen kann, Dann hat man sich auch die Torte verdient!

Allerdings stimme ich dem Leserbrief-schreiber zu, dass es **kein Vergnügen ist, auf Autostraßen Rad zu fahren.** Deswegen nehme ich auch einen Umweg von einem Kilometer in Kauf, um eine Landstraße zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Seitz

Ihre Hinweise sind wichtig!

Rufen Sie uns an: 040 380892-0
und schreiben Sie uns:
magazin@robinwood.de



Foto: Jim Wickens/Ecostorm via Mighty Earth

Soja?